

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

231 (6.10.1931)

Volkstreuend

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALDEMOKRATISCHES KARLSRUHEBADENS

Anzeigenpreise Die 10 geteilte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Reklame-Millimeterzeile 60 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, bei Nichtbeachtung des Zahlungsplanes, bei gerichtlicher Behandlung und bei Anrufen außer Kraft tritt ein Erschließungs- und Gerichtsgebühren in Karlsruhe L. S. • Schluß der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vormittags

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wanderunterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der

Preis monatlich 2,50 Mark • Ohne Zustellung 2,30 Mark • Durch die Post 2,90 Mark • Vierteljahr 10 Pfennig • Geschäftsamt monatlich 11 Uhr • Postkontos 2020 Karlsruhe • Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. S., Marktstraße 28 • Journal 1920 und 1921 • Postfach-Nr. 10000, Durlach, Hauptstraße 9, D.-Boden, Telegraphenstraße 12; Rastatt, Rastattstraße 2; Offenburg, Republikstraße 5

Nummer 231

Karlsruhe, Dienstag, den 6. Oktober 1931

51. Jahrgang

An die Partei!

Es geht um große Dinge! Die kapitalistische Welt ist bis in ihre Grundfesten erschüttert, sie erzittert unter der weltweiten Auswirkung der englischen Währungsstriebe. Die bürgerlichen Begriffe von der Stabilität und der Ewigkeit des Kapitalismus stürzen zusammen.

Soll die ungeheure Mehrzahl der Bevölkerung den sinnlosen kapitalistischen Experimenten geopfert werden oder soll die Welt zum Wohle der arbeitenden Menschheit umgebaut werden!

Die kapitalistischen Mächte aller Länder kennen nur ein Ziel: mit Hilfe der aus der Krise geborenen Not die Macht der Arbeiterschaft zu brechen, damit die geschichtliche Stunde der Neugestaltung der Gesellschaft ungenutzt vorübergehe. Im Bunde mit der Not der Arbeiterschaft zu verwirren, zu spalten, niederzudrücken — das ist die letzte Hoffnung der Kapitalisten in Deutschland, in England, in der ganzen Welt!

Genossen, Genossinnen!

**Kampf dem Kapitalismus!
Kampf dem deutschen Kapitalismus!**

Wir stellen unsere nächsten sozialistischen Kampfziele vor das ganze Volk:

**Staatsherrschaft über die Banken!
Volksherrschaft über die Volkswirtschaft!
Schutz der Arbeiter und der Krisenopfer vor Not, Hunger und Kälte!**

Nieder mit der politischen und der wirtschaftlichen Macht der Herrscher über die Schwerindustrie! Nieder mit der Macht der Finanzkapitalisten! Nieder mit der Macht der Großagrarier! Bahn frei für den wahren Willen des Volkes!

**Werbt alle für unsere Ziele.
Tragt sie ins Volk.
Reißt die Zögernden und die Irrenden an uns heran.**

Gegen uns steht die verbündete Reaktion, stehen die Wirtschaftsverbände der Unternehmer. Sie wollen die Arbeiterschaft zurückwerfen in das Zeitalter des Frühkapitalismus. Gegen uns stehen die Söldlinge des Kapitalismus mit dem Hakenkreuz, stehen die bolschewistischen Spalter und Verbrecher an der Arbeiterbewegung. Die Feinde bekennen uns von allen Seiten.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die SAJ. gegen die Spalter

Beschluß des Hauptvorstandes vom 2. Oktober 1931
Der Hauptvorstand des Verbandes der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands hat am 2. Oktober folgenden einstimmigen Beschluß gefaßt:
Die Teilnahme an Sonderkonferenzen und Sonderorganisationen, die von den aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ausgeschlossenen Reichstagsabgeordneten Rosenfeld und Seydewitz oder ihren Anhängern veranstaltet oder gebildet werden, ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft im Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands. Dasselbe gilt für die Mitgliedschaft in der Deutschen Friedensgesellschaft.

Mit der Mitgliedschaft im Verband der Sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands ist ferner unvereinbar die Propaganda und der Vertrieb der Zeitschriften der Gruppen wie zum Beispiel Die Fackel, Sozialistische Information und Roter Kämpfer.

Mitglieder des Verbandes, die diesen Beschlüssen zuwider handeln, stellen sich außerhalb der Organisation.

Der Beschluß des Hauptvorstandes stützt sich auf die von der Reichskonferenz des Verbandes in Lüneburg 1930 beschlossenen Richtlinien über die politische Erziehung der sozialistischen Arbeiterjugend und auf die von der Reichskonferenz in Leipzig 1928 beschlossenen Bestimmungen über das Ausschlußverfahren in der Sozialistischen Arbeiterjugend.

Stärkt unsere Macht! Werbt für die Partei! Ein Wille — eine Partei — eine Macht!

Wir fordern Bekenntnis und Treue zum Sozialismus. Wir fordern Treue zur Partei. Wir fordern Disziplin vor dem Feind.

Wir werben und kämpfen — uns hemmt weder der Feind, noch die politische Selbstmordtaktik von Abtrünnigen, deren Glaube die Feuerprobe nicht bestanden hat.

In dieser Zeit, wo wir vor Entscheidungen und Aktionen von geschichtlicher Bedeutung stehen, wo wir mehr denn je einer eisernen Geschlossenheit und Entschlossenheit bedürfen, glauben einige Verblendete in der Sozialdemokratie eine Sonderorganisation für ihre eigenen Bestrebungen errichten zu können.

Die Partei hat sie abgeschüttelt. Die Arbeiter wollen keine sektiererischen Eigenbrödeleien.

Wer seine Besserwisseri und Reichtüberei höher stellt, als die Notwendigkeit einer einzigen Front der Arbeiter gegen den Kapitalismus, der ist nicht berufen, mit den Arbeitern zu kämpfen oder gar sie zu führen.

Genossen, Genossinnen!

Fort mit allen, die sich gegen unsere Einheit und Geschlossenheit erheben wollen, die uns schwächen wollen in der Stunde der Not und Gefahr. Sie haben weder die Größe der Stunde noch die Mission der Sozialdemokratie begriffen.

Fort mit allen Spaltern!

Antwortet ihnen durch verstärkte Hingabe an den Werbefeldzug für die Partei, an die Mobilisierung der arbeitenden Massen für den Sozialismus.

Wir sind eine Million Parteimitglieder, eine Million Werber. Ruft es millionenfach ins Volk:

Gebt der Sozialdemokratie Macht zur Ueberwindung des kapitalistischen Systems!

Vorwärts mit verdoppelter Kraft! Jede Kampfanfrage unserer Gegner, jeder Versuch, uns zu hemmen, stärkt unsere Energie. Vor uns steht die weltgeschichtliche Aufgabe der sozialistischen Neuordnung der Wirtschaft.

Der Kapitalismus ist zum Fluch für die Menschen geworden!

Der Sozialismus wird der Menschheit zum Segen werden!

Vor ernstesten Entscheidungen

Vor dem Sturz oder der Umbildung des Kabinetts Brüning — Druck nach einer weiteren Rechtsorientierung

Der Reichskanzler trägt sich zur Zeit unter dem Druck des Reichspräsidenten und der Kleinen in seiner Regierung vertretenen Gruppen, wie der Volkspartei und der Landvolkpartei mit Plänen, die unter Umständen schon kurz nach dem Wiederzusammentritt des Reichstags zu dem Ende seiner Regierung führen können. Er beabsichtigt eine Umbildung des Kabinetts in der Form, daß alle von dem rechten Flügel der gegenwärtigen Koalition mehr oder weniger stark befähigten Minister möglichst durch politisch unbeschriebene Persönlichkeiten ersetzt werden. Außer dem Außenminister sollen der Reichsinnenminister, der Reichsverkehrsminister und voraussichtlich auch der Reichsfinanzminister gehen. Zugleich ist daran gedacht, die bisher nicht von Ministern geleiteten Ministerien wie das Justizministerium und das Wirtschaftsministerium wieder zu besetzen.

Der Reichskanzler geht bei seinen Absichten von der Erwägung aus, daß seine Regierung, wie sie ist, im Reichstag keine Mehrheit mehr finden wird. Der andere Grund für seine Pläne ist der, daß der Reichspräsident in letzter Zeit von der Rechten mündlich und schriftlich immer und immer wieder bestärkt worden ist, schnellstens auf Änderungen sowohl hinsichtlich der Zusammensetzung der Regierung, als auch ihres Kurses hinzuwirken. Was die Splittergruppen wünschen, ist klar. Sie wollen eine stärkere Orientierung der Regierung nach rechts. Ihre Forderungen laufen in der Konsequenz auf Anlehnung an die „nationale Opposition“ und auf den Verzicht auf weitere Bindungen gegenüber der Sozialdemokratie hinaus.

Brüning scheint nun nicht die Absicht zu haben, die Forderungen der Splittergruppen zu 100 Prozent zu erfüllen. Er hofft zunächst noch, dem Sturz entgegen zu können, indem er sein Kabinett so gestaltet, daß er Persönlichkeiten zu seinen Mitarbeitern beruft, die weder auf der Rechten, noch auf der Linken als Belastung empfunden werden. So soll nach dem Wunsch des Reichskanzlers an die Stelle des Reichsaussenministers der frühere Außenminister und spätere Botschafter in Tokio, Solff, treten, und das Wirtschaftsministerium mit dem Generaldirektor der IG-Farben, Schmitz, besetzt werden. Zweifellos zwei Persönlichkeiten, gegen die von der Linken nicht viel einzuwenden ist. Aber noch ist Solff nicht ernannt. Er ist nicht der Kandidat des Reichspräsidenten, der nach wie vor für den deutschen Botschafter in London, von Neurath, als Außenminister eintritt. Wer an die Stelle des Reichsinnenministers Dr. Wirth treten soll und als Nachfolger des Reichsverkehrsministers bzw. Reichsfinanzministers in Frage kommt, ist bisher noch völlig unbestimmt.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Reichskanzler durch jeden Versuch, seine Stellung nach rechts zu stärken, seine Stellung nach links gefährdet. Es besteht die Gefahr, daß er sich zwischen zwei Stühlen setzt und das, was er mit seinen Plänen verhindern will, schließlich unabwendbar wird: Die Rechtsregierung mit Einschluß der deutschen Faschisten.

Der Vorwärts sagt zu der beabsichtigten Umbildung des Kabinetts Brüning: „Geht die Regierung Brüning in ihrer Zusammensetzung, in ihrem Programm noch weiter nach rechts, so gerät sie in Gefahr, um des Lebens willen den Sinn des Lebens zu verlieren. Kann und will sie gegen rechts nicht kämpfen, so muß sie, nachdem sie eine Position nach der anderen preisgegeben hat, schließlich Eugenbergs ganz das Feld räumen. Die Sozialdemokratie hat gewiß kein Interesse daran, eine solche Entwicklung zu beschleunigen, aber sie wird sich die Frage vorlegen müssen, ob es noch viel Opfer lohnt, sie ein wenig zu verlangsamen. Nachdem es der Rechten gelungen ist, den Willen eines großen Teils der Wähler zu verwirren und eine willensunfähige Volksvertretung zu schaffen, geht sie daran, der Republik selbst an die Wurzeln zu greifen. Darum hat die Sozialdemokratie alles getan, um die Rechte nicht an die Macht kommen zu lassen. Will jetzt der Kommandant der Festung, die sie verteidigt, selber den Belagerern die Schlüssel ausliefern, sie würde den Kampf deswegen nicht aufgeben. Aber sie wäre dann genötigt, ihn in einer anderen Front und in einer anderen Weise als bisher weiter zu führen.“

Der Lokalanzeiger des Herrn Eugenbergs schreibt: „Wenn sich andere darüber täuschen sollten, daß mit einer Umbildung des Kabinetts Brüning in der gedachten Art nicht das Mindeste geändert und das Mindeste gegenüber der „nationalen Opposition“ erreicht wird, die „nationale Opposition“ wird sich nicht täuschen lassen. Das Schicksal auch der neuen Regierung liegt nach wie vor in den Händen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Jede von der Sozialdemokratie ab-

hängige Reichsregierung wird dem schärfsten Kampf der „nationalen Opposition“ begegnen.

Das Hugenbergblatt mag sich versichert halten, daß auch die Sozialdemokratie sich keiner Täuschung hingibt. Sie hat aus offen dargelegten Gründen bisher das Kabinett Brüning toleriert um, was an ihr liegt, alles zu tun, eine Rechtsregierung in Deutschland um deswillen zu verhindern, weil eine solche Regierung nach unserer festen Ueberzeugung in politischer und wirtschaftlicher Beziehung von den schwersten Folgen für Deutschland befreit sein wird, und den Weg aus dem letzten Elend heraus zum allermindesten in der stärksten Weise schwierig gestaltet.

Aber das Kabinett Brüning hat in der letzten Zeit eine Orientierung immer härter hervortreten lassen, die es u. E. der Sozialdemokratie nur noch sehr schwer durchzuführen macht, die Taktik der Tolerierung aufrecht zu erhalten, zumal wenn gar das Kabinett Brüning eine Umbildung im Sinne einer weiteren Rechtsorientierung erhält. In diesem Falle, das ist unsere Auffassung, wird die Sozialdemokratie im Reichstage in nächster Woche zwischen sich und dem Kabinett Brüning den Strich der Trennung ziehen müssen. Wir täuschen uns dabei nicht einen Augenblick über die außerordentlich schweren Kämpfe, die besonders für die deutsche Arbeiterklasse entstehen werden. Wir täuschen uns auch nicht über den außerordentlichen Ernst der Situation für das deutsche Volk, aber wir täuschen uns auch darüber nicht, daß nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch das deutsche Bürgertum vor Gefahren steht, die ihm im Augenblick vielleicht noch nicht zu vollem Bewußtsein kommen.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung werden stets einer Sozialdemokratie gegenüberstehen, die sich der Größe ihrer Verantwortung in jedem Falle bewußt ist, auch wenn die Sozialdemokratie sich in scharfem politischem Kampfe gegen den Reichspräsidenten und die Reichsregierung befindet.

„Nationale Opposition“ gegen Brüning geplant

Berlin, 5. Okt. (Eig. Draht.) Am nächsten Sonntag findet in Harzburg eine Tagung der sogenannten „nationalen Opposition“ statt, an der u. a. auch Vertreter der Deutschen Volkspartei insbesondere aus dem Reichsgebiet teilnehmen sollen. Der Zweck der Tagung ist die Schaffung einer breiten Front gegen die Regierung Brüning, das Ziel, der Sturz der gegenwärtigen Reichsregierung.

Der Führer der Volkspartei, Dingeldey, nimmt an den Harzburger Besprechungen nicht teil. Er will am nächsten Sonntag in Breslau. Aber, was in Harzburg vor sich geht und beschlossen werden wird, geschieht in seinem Einverständnis. Wir haben dieser Tage bereits darauf hingewiesen, daß Dingeldey in letzter Zeit wiederholt mit Hitler und Hugenberg konferiert hat. Das Ergebnis dieser Konferenzen ist, daß die Deutsche Volkspartei im Begriffe steht, zur „nationalen Opposition“ überzusinken und der Regierung Brüning in den Rücken zu fallen, es sei denn, daß der Ehrgeiz des Herrn Dingeldey und anderer Volksparteiler noch vor dem Zusammentritt des Reichstags gestillt wird.

Die neue Notverordnung

Der vermutliche Inhalt

BRB. Berlin, 5. Okt. Die neue Notverordnung, die am Mittwoch in Kraft treten soll und an Umfang nicht hinter der Verordnung vom 1. Dezember 1930 zurückbleiben dürfte, wird sich im wesentlichen mit folgenden Materien befassen:

Ueber die Erleichterung der Wohnfaßkosten der Gemeinden wird bestimmt: Die Reichsbank von 80 Millionen, die nach der Notverordnung vom Juni aus den Lohnsteuererstattungsbeträgen gezahlt werden sollte, wird auf 150 Millionen erhöht. Hieron erhalten die städtischen Fiskusverordnungen 1/2, die ländlichen 1/2. Zur Unterstützung von Gemeinden in besonderen Fällen werden weitere 80 Millionen RM. bereitgestellt, so daß wie bereits bekannt, der Gesamtschub des Reiches 230 Millionen RM. erreichen wird.

Auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung wird insofern eine einschneidende Veränderung getroffen, als der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung anordnen kann, daß die Unterstützung bis zu einer Drittel in Sachleistungen gewährt werden darf.

Im Verwaltungsgebiet dürfen Neubauten und Verwaltungsgebäude nicht in Anstalt genommen werden, Ausnahmen erfordern die Genehmigung der Reichs- und Landesregierung.

Die Senkung der Haussteuer soll, wie bereits gemeldet, zwischen 20 und 25 Prozent liegen. Zwecks einheitlicher Durchführung landwirtschaftlicher Siedlungen wird ein Staatskommissar für jedes Land bestellt, die vorläufige Kleinverteilung unterliegt dem dem Reichsarbeitsministerium unterstellten Reichskommissar. Das für vorläufige Kleinverteilung benötigte Land soll ohne erhebliche Barabgaben zu erwerben sein und der Pächter die Möglichkeit des Erwerbes als Eigentum erhalten.

Für die Privatwirtschaft wird bestimmt: Dienstverträge, die eine Vergütung vorsehen, die mit der Geschäfts- oder Vermögenslage des Dienstberechtigten oder die allgemeinen Wirtschaftslage nicht mehr übereinstimmen, können durch schriftliche Erklärung abgeändert werden, wobei der Dienstverpflichtete Klage erheben und ein schiedsgerichtliches Urteil einholen kann. Dies alles gilt nur für Dienstverträge, Pensionen oder sonstige Bezüge von über 15 000 M. jährlich.

In der Rechtsprechung wird eine Vereinfachung der Prozeßführung vorgeschrieben. Die Bestimmungen betr. Armenrecht erfahren aus Erparnisgründen weitgehende Veränderungen.

Wesentliche Bestimmungen werden auf wirtschaftlichem Gebiet

Ist der Reichskanzler dazu bereit? Ist es tatsächlich seine Absicht, dem Druck der Volkspartei zu weichen und nicht nur den Reichsaußenminister und Reichsverkehrsminister zu opfern, sondern zugleich auch den Reichsinnenminister Dr. Brüning durch eine rechts eingestellte Persönlichkeit zu ersetzen? Kein Zweifel, daß hinter den Kulissen wieder einmal Dinge vor sich gehen, die schärfste Aufmerksamkeit der Sozialdemokratie erfordern.

München, 5. Okt. (Eig. Draht.) Wie der Korrespondent des Soz. Pressendienstes erfährt, wurde die Deutsche Volkspartei in Bayern von dem Führer der Volkspartei, Dingeldey, dahin unterrichtet, daß er am Sonntag vor Reichstagszusammentritt, also am 11. Oktober, in einer öffentlichen Rede die Schwertung der Partei zur „nationalen Opposition“ verkündigen werde. Das könne Brüning auch dadurch nicht verhindern, daß er Curtius jetzt preisgibt.

Wer hat in Deutschland regiert?

Läßt Zahlen sprechen

Die reaktionäre Presse macht immer wieder die Sozialdemokratie für all das verantwortlich, was Deutschland an Scherem und Bitterem durchmachen muß. Abgesehen nun davon, daß ein großer Teil des heutigen Elends eine Erbschaft des kaiserlichen Deutschlands ist und ein anderer seine Ursachen in der Weltwirtschaftskrise hat, kann die Sozialdemokratie schon deshalb nicht für die Dinge verantwortlich gemacht werden, weil sie all die Jahre her nur kurze Zeit im Reich an der Macht war und gar die volle Macht nur 3 Monate zu Ende des Jahres 1918 hatte, was nachstehende Zahlen drahtlich dartun.

Reichskabinett	regierte ab	Gesamtzahl ab	Davon: D. Minister	Bürokr. Soz.
1. Rat der Volksbeauftragten	10. 11. 18.	10	10	—
2. Rat der Volksbeauftragten	29. 12. 18.	12	12	—
3. Scheidemann	13. 1. 19.	13	6	7
4. Bauer I	3. 10. 19.	14	7	7
5. Bauer II	27. 3. 20.	14	7	7
6. S. Müller I	25. 6. 20.	13	13	—
7. Hebrich	10. 5. 21.	13	9	4
8. Brüning I	26. 10. 21.	13	8	5
9. Brüning II	22. 11. 22.	14	14	—
10. Cuno	13. 8. 23.	14	8	6
11. Stresemann I	6. 10. 23.	12	8	4
12. Stresemann II	30. 11. 23.	12	12	—
13. Brüning	15. 1. 25.	12	12	—
14. Luther I	20. 1. 26.	11	11	—
15. Luther II	17. 5. 26.	11	11	—
16. Brüning	28. 1. 27.	11	11	—
17. Brüning	28. 6. 28.	11	7	4
18. S. Müller II	13. 4. 29.	12	8	4
19. S. Müller (Umbildung)	1. 4. 30.	12	12	—

Von 154 Monaten haben die Sozialisten im Reich 3 Monate allein regiert, die schweren drei Monate nach dem Zusammenbruch der Monarchie.

Von 154 Monaten haben die Sozialisten im Reich nur 6 1/2 Monate in einer Koalitionsregierung mit Bürgerlichen geübt. Während dieser 6 1/2 Monate hatten die Sozialisten ganze 3 1/2 Monate lang die Mehrheit, 58 1/2 Monate lang waren sie in der Minderheit.

Von 154 Monaten wurde 92 1/2 Monate lang das Reich von einer rein bürgerlichen Regierung gegen die Sozialisten regiert.

Unter 228 Ministern des Reiches waren 53 Sozialisten und 175 Bürgerliche, also dreimal soviel Bürgerliche als Sozialisten!

... und angesichts dieser nüchternen Zahlen wagt man noch, von „marxistischer Regierungsherrschaft“ seit 1918“ zu sprechen!

getroffen. So wird eine Reform des Sparwesenwesens in die Wege geleitet, indem die Verordnung die Landesregierungen ermächtigt und verpflichtet, die Organisation und den Geschäftsbetrieb der Spar- und Girokassen mit den neuen Vorschriften, die erlassen werden, in Einklang zu bringen. 20 Prozent der Einlagen müssen als Liquiditätsreserve gelten, die nicht zur Verrechnung von Darlehen verwendet werden darf.

Die Umgestaltung kurzfristiger Schulden von Ländern und Gemeinden wird ausführlich geregelt. 12 Prozent aus dem Aufkommen aus der Haussteuer sollen hierfür verwendet werden.

Schließlich wird der Reichsfinanzminister ermächtigt, Garantien auf dem Gebiete der Kreditversicherung mit der Maßgabe zu übernehmen, daß das Reich höchstens mit 30 Millionen zuzüglich der von ihm vereinbarten Rückversicherungsprämien in Anspruch genommen werden darf. Für allgemeine Finanzsicherung darf der Reichsfinanzminister bis zu 300 Millionen auf dem Kreditwege beschaffen.

Der Kampf gegen politische Verrohung

Berlin, 5. Okt. (Eig. Draht.) Die neue Notverordnung, die am Dienstag zur Veröffentlichung freigegeben wird, enthält neben anderen wichtigen Bestimmungen zahlreiche Paragrafen zur Bekämpfung politischer Verrohung. Sie gestattet das Verbot illegaler Schriften, deren Herstellung und Verbreitung bzw. Aufbewahrung unter bestimmten Voraussetzungen, mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft werden kann. Mit der gleichen Strafe wird bedroht, wer von dem Vorhandensein illegaler Druckschriften weiß und es unterläßt, der Polizeibehörde Anzeige zu erstatten.

In der neuen Verordnung werden auch die bisherigen Bestimmungen über die Presse verschärft. So ermöglicht die Verordnung u. a., daß künftig auch die Erziehung von Druckschriften verhindert wird. Eine periodische Druckschrift, die unter Duldung des Verlegers den Besitzern einer verbotenen Druckschrift als Ersatz zur Abwendung der Folgen des Verbots ausgestellt wird, kann verboten werden. Mit Gefängnis und mit Geldstrafen kann bestraft werden, wer eine auf Grund der Notverordnung verbotene Druckschrift herausgibt, verlegt, druckt und verbreitet.

Die Verordnung stellt unter vielen anderen, bereits bekannten Punkten noch die „Schließung von Sammelstätten staatsgefährlicher Betätigung“ vor. Die Schließung dieser Sammelstätten, unter denen hauptsächlich die wie Pilze aus der Erde schießenden Naziklubs zu verstehen sind, kann vorgenommen werden, wenn dies für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erforderlich ist.

Kongreß des Afa-Bundes in Leipzig

BRB. Leipzig, 5. Okt. Unter starker Beteiligung nahm hier der 4. Kongreß des freigewerkschaftlichen Afa-Bundes, der Angestelltenorganisation der freien Gewerkschaften, seinen Anfang. Den vorliegenden Geschäftsbericht ergänzte der Bundesvorsitzende, Reichstagsabgeordneter A. Fischer. Er hob hervor, daß die Gesamtzahl der erwerbslosen Angestellten sich auf rund 5 000 000 bezifferte. Mit besonderer Schärfe wandte sich der Referent gegen den Spruch des Reichsarbeitsgerichts, wonach bei Kurzarbeit der Angestellten ohne Kündigung die Bezüge ebenfalls gekürzt werden dürfen. Der Redner wandte sich gegen die Angriffe auf das Vermögen der Angestelltenversicherung. Billig unbefriedigt sei der Afa-Bund von den bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung hinsichtlich der Wirtschaftsprüfer. Ausführlicher Bericht des Kongresses folgt.

Interparlamentarische Union fordert Mutterrecht

Bukarest, 5. Okt. (Eig. Draht.) In der Montagsitzung der interparlamentarischen Union erörterte die sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Luise Schröder einen Bericht über den Mutter- und Kinderrecht. Die Rednerin hob hervor, daß die Staaten gerade in der gegenwärtigen schwierigen Zeit für einen **gesetzlich und freiwillig gebundenen Nachwuchs** sorgen müßten. Die Voraussetzung dazu sei ein verstärktes Mutterrecht. In allen Parlamenten müßten die Forderungen für die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens auf Ausdehnung des Mutterrechtes usw. eintreten.

Die Zentrumsabgeordnete des Reichstags, Frau Teusch, nannte den Mutterrecht nicht nur eine sozialpolitische, sondern auch eine geistige und kulturpolitische Aufgabe der Nationen.

Die sozialdemokratische Afa-Abgeordnete Schreiber kritisierte u. a., daß in den lateinischen Ländern für die Mütter unehelicher Kinder eine Verantwortung nicht bestehe. Jede soziale Arbeit sei vergeblich, solange große Volksmassen mit Fliegerbomben und Gaswaffen vernichtet werden könnten.

Der nordamerikanische Abgeordnete Szowitsch forderte die Streikung sämtlicher Reparationen, damit die in den letzten Jahren in Mitteleuropa geleistete soziale Arbeit nicht länger gefährdet werde. Die neue Generation dürfe nicht für die Sünden der alten büßen. (Stilmischer Beifall.)

Missstimmung auf der Pariser Börse

Paris, 5. Okt. (Eig. Draht.) Das englische Pfund ist an der Pariser Montagsbörse wieder erheblich gefallen. Nachdem es am Freitag mit 100% Franken notiert worden war, setzte es am Montag mit 98 an und schloß nach nur geringer Abmilderung mit 96% Franken. Die Tendenz an der Effektenbörse war im Zusammenhang mit der Pfundkrise und auf Grund der unzulänglichen Nachrichten über die Finanzlage Deutschlands ebenfalls ausgesprochen schwach. Diese Haltung ist auf rein wirtschaftliche Faktoren zurückzuführen und trägt in keiner Weise der bis jetzt unannehmbaren Stellung der französischen Währung noch der wahren Lage der meisten französischen Unternehmungen Rechnung.

Kommunistischer Schaufenstersturm in Berlin

BRB. Berlin, 6. Okt. Gestern zwischen 23 und 24 Uhr wurden in verschiedenen Gegenden Groß-Berlins Schaufenstergehäusen von Zeitungsstapeln der Verlage Scherl und Wolff durch Steinwürfe zertrümmert. Mehrere Steine waren eingeworfen in das Schaufenster der AFD, die folgende Aufschrift trugen: „Das Verbot der roten Fahne ist sofort aufzuheben! — Der rote Frontkämpferbund.“ Die Täter konnten in allen Fällen unerkannt entkommen.

Dicke Luft im Braunen Haus

SA-Leute gehen zur SPD.

Dem SPD wird aus München berichtet: Ueber die Stimmung der im braunen Haus kasernierten SA-Leute unterrichtet eine Zuschrift an die Münchener Post, die von einem Hitler-Mann stammt, der vor wenigen Tagen aus der SA und aus der NSDAP ausgetreten ist. Die Gründe des Austritts ergeben sich aus der Zuschrift, in der es heißt:

„Im braunen Haus, dem Palais der Hitlerpartei, herrscht dicke Luft. Einer traut dem andern nicht über den Weg, jeder steht im andern einen Betrüger. Wer sich die geringste Kritik an der Politik der Parteileitung erlaubt, wird als verdächtig mit all seinem Gut und Hab und Gut bestraft, überwacht und verfolgt. Wird einer als Spion verdächtig, so wird seinen Betenungen und Gegenbeweisen kein Gehör geschenkt. Ohne weitere Unterbindung und ohne Bestrafungen wird er in nichtiger Weise mißhandelt. Vor kurzem äußerte sich ein SA-Mann offenkundig über die in der Kantine des braunen Hauses teilgenommene Hitler-Zigaretten. Schon wurde er als Provokateur behandelt, verprügelt und zum Haus hinausgeworfen. Als die Räte Hitlers Selbstmord begangen hatte, erschien ein SA-Mann, der jede Unterhaltung über diesen Fall auf strenge verboten. Ueber die jüngst vom Reichstag gemachte Entscheidung, die nationalsozialistische Partei erhalten und für soziale Zwecken vom Kaiser erhalten und für Unternehmungen deshalb nichts gegen die großen Ausbeuter der Landwirtschaft, durften die SA-Leute überhaupt nicht diskutieren. Im rüden Kaiserenshofen erklärte der Führer einfach, wir hätten unsere Rollen nicht in Sachen zu spielen, die wir nicht verstehen. Wir verabsäumen mich zum Austritt aus der SA und der Partei. In den Sturmtruppen herrscht die Aufregung vor: Schluß Hitler. In diesen Winter nicht los, so sehen wir zur NSDAP. Tatsächlich sind in letzter Zeit auch in Bayern viele SA-Leute zur NSDAP abgemandert. Das Beispiel Scheringers macht Schule, während die von Hitler betonte „Regalität“ sehr vielen ein Dorn im Auge ist.“

Haussuchung im Parteilokal der Berliner NSDAP

BRB. Berlin, 5. Okt. Im Parteilokal der NSDAP in der Hedemannstraße hat heute gegen Mittag eine Haussuchung stattgefunden.

Finanzminister Dr. Brüning teilt seinen Rücktritt mit

BRB. Berlin, 5. Okt. Die Sonn- und Montagsausgabe veröffentlicht ein ausführliches Schreiben des österreichischen Finanzministers Brüning an den Bundeskanzler Dr. Brüning, in dem er seine Demission zur Kenntnis gibt.

1500 Millionen Dollars Defizit in Amerika

Das Defizit für die Vereinigten Staaten beträgt nach einer Meldung des amerikanischen Schatzamtes für das erste Drittel des Etatsjahres 380 495 000 Dollars. Man rechnet für das laufende Etatsjahr mit einem Defizit von ungefähr 1500 Millionen Dollars (6 Milliarden Mark), falls es nicht durch Steuererhöhungen vermindert wird.

Partei-Nachrichten

Die Beweggründe der Spalter

In der sozialdemokratischen Breslauer Volksmacht beschäftigt sich deren leitender Redakteur Albert Kranold in einem längeren Artikel mit der „Tragödie der Opposition“, dem wir folgende bemerkenswerte Stellen entnehmen:

„In Wahrheit bedeuten die augenblicklich im Ganzen befindlichen Abspaltungen ja gar nicht, daß die inneren Auseinandersetzungen zwischen Opposition und Mehrheit der Partei die Partei sprengen, sondern sie bedeuten, daß ein kleiner Teil der Opposition sich so veranlaßt hat, daß er eines Tages außerhalb der Partei stehen mußte. Was sich jetzt abspielt, ist nicht eine Tragödie der SPD, sondern lediglich die Tragödie und der Zusammenbruch einer Clique, die im ganzen bedeutungslos ist, auch wenn sie an einzelnen Orten vielleicht etwas mehr Zulauf haben mag. Eine ganz bestimmte Teilgruppe der Opposition, die Gruppe Rosenfeld, Sedewitz, Göttsch, liegt der tiefsten Ursache dieser Tragödie? Sie liegt darin, daß es sich bei den führenden Politikern dieser Gruppe um ausgesprochene Individualisten handelt, so sehr sie sich auch für Marxisten halten mögen, und zudem keine Agitatoren und daher bloße Vereiner. Und diese Politiker mußten sich der Natur der Sache nach mit einem Teil der Gruppen innerhalb des sozialistisch organisierten Proletariats finden, denen es in dieser furchtbaren Wirtschaftskrise am schiefsten geht, die daher von ihr am stärksten jenseitig ermüdet sind, und die deshalb die innere Kraft nicht mehr besitzen, um eine Politik auf lange Sicht zu betreiben, die eine einhaltende Taktik, wie sie ein immerhin geschwächter und von immer zahlreicher werdenden und immer stärker anstürmenden Feinden umtobter Meerbaue allein treiben kann, will er nicht aufgegeben werden, seelisch einisch nicht mehr aushalten. Was bei den fraglichen Massen gut zu verstehen ist, was aber die Führer, die sich dieser Kräfte bemächtigen und sie aus dem großen einheitlichen Kraftstrom herausreißen und isolieren, durchaus nicht entschuldigend. Diese Führer und diese Anhänger haben nicht die innere Kraft, zu erkennen — und gemäß dieser Erkenntnis zu handeln —, daß der Aufbau einer neuen Gesellschaft, die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaft in eine sozialistische notwendig nur ein Werk mehrerer Generationen sein kann. . . Die kleine Gruppe um Rosenfeld und Sedewitz wollte die große Partei auf jeden Fall zwingen, so zu handeln, wie sie es wünschte, und da sich die große Partei nun einmal nicht zwingen ließ, löste man sich zunächst innerlich von der Partei und bereitete dann auch bald die äußere Ablösung vor.“

Schlesien gegen die Spalter

Breslau, 5. Okt. (Via Draht.) Trotz aller gegenteiligen Behauptungen ist es der „Breslauer Opposition“ bisher in keinem Falle gelungen, in der schlesischen Provinz irgendwie nennenswert Fuß zu fassen. Sämtliche Ortsgruppen des Bezirks Mittelschlesien stehen nach wie vor treu und geschlossen zur Sozialdemokratie. Selbst die Ortsvereine im Landkreis Breslau, also in unmittelbarer Nachbarschaft der Abgespaltener, haben sich bis jetzt, obwohl durch Propagandaaufmärsche der oppositionellen Schutzstaffel hier und da Verwirrung gestiftet war, vor jeder Anfechtung gefestigt.

Thüringen gegen die Sonderbündler

Rosenfeld und Siemsen sollen ihre Mandate niederlegen
Weimar, 5. Okt. (Via Draht.) Eine Bezirksvorstands- und Bezirksratssitzung der sozialdemokratischen Partei des Bezirks Großthüringen, der auch die thüringischen Landtagsabgeordneten, sowie im Wahlkreis Thüringen gewählten Reichstagsabgeordneten beimohnten, nahm am Montag in Weimar zu den Vorgängen innerhalb der sozialdemokratischen Partei Stellung. Nach einem eingehenden Referat des Bezirkssekretärs Hg. Dietrich und einer sehr regen Aussprache wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die Vorgänge innerhalb der Partei in den letzten Wochen, die zur Abspaltung eines Teils der Parteimitglieder und Verklüftung einer neuen Partei geführt haben, bedeuten für den Befreiungskampf des Proletariats die allergrößte Gefahr. Bezirksvorstand und Bezirk streben über die Parteineuergründungen über dieses Verhalten aus und verurteilen sie. Auf Grund der vermittelnden und ausgleichenden Haltung, die der Bezirk Thüringen in dem Parteikonflikt einnahm, wurde erwartet, daß man der Forderung auf Verständigung im Interesse der Gesamtarbeit nachgeben würde. Leider ist das nicht geschehen. Ausdrücklich stellen Bezirksvorstand und Bezirk fest, daß weder Rosenfeld noch Siemsen im Bezirksverband Thüringen irgend welche Schwierigkeiten in ihren Arbeiten hatten. Sie durften wegen einer Entschädigung des Parteivorstandes nicht davonlaufen und die Genossen in schwerster Kampfsituation im Stiche lassen. Der im Bezirk Thüringen erfolgte Aufbau der Organisation, die in der Organisation auf allen Gebieten geleistete Arbeit, in allen Situationen getragen von dem Bewusstsein der Arbeiterbewegung zu dienen, ist das Werk von tausenden von Funktionären und Mitgliedern. Es ist nicht die Arbeit eines Einzelnen. Es ist Kollektivarbeit im wahren Sinne des Wortes. Die ganze Arbeit wird von Rosenfeld und Siemsen auf Spiel gesetzt: Kinderfreundebewegung, sozialistische Jugendbewegung, Schulungsarbeit der Funktionäre und Bildungsarbeit im großen Ausmaß, sie sind gefährdet, wenn das Verhalten von Rosenfeld und Siemsen irgendwo ein Echo findet. Wir erwarten deshalb von allen unseren Mitgliedern, daß sie treu zur Partei stehen und jeden Versuch, gleich auf welchem Gebiet, die Partei zu schädigen, in härtester Weise entgegenstellen.“

Wir wissen, daß die Belastung unserer Funktionäre durch die politischen Zustände groß ist, wir wissen auch, daß ein großer Teil unserer Funktionäre und Mitglieder mit der Taktik der Mehrheit der Reichstagsfraktion nicht einverstanden sind. Der Bezirksvorstand hat wiederholt seinen Einfluß geltend gemacht, um die Lösung von der Tolerierungspolitik zu erreichen. Auch der Bezirksbeirat hat in seiner letzten Sitzung in diesem Sinne durch Annahme einer Entschließung gewirkt. Die politische und wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Tagen führt, das ist bereits auch die Ueberzeugung unserer Kreise der Partei, die Tolerierungspolitik ihrem Ende zu. Dann beginnt aber der Kampf erst. In dieser Stunde ist die Zusammenfassung aller Kräfte der Partei und der mit ihr verbundenen Organisationen erst recht notwendig. Der Kampf gegen die soziale Reaktion, die sozialistische Gefahr kann aber nur von einer starken geschlossenen sozialdemokratischen Partei erfolgreich geführt werden. Bezirksvorstand und Beirat rufen alle Mitglieder auf, für die Stärkung der sozialdemokratischen Partei ihre ganze Kraft einzusetzen und jeden Versuch, die Einheit und Geschlossenheit der sozialdemokratischen Partei zu stören, aufs härteste zu bekämpfen.“

Bezirksvorstand und Beirat nahmen schließlich noch einen Antrag an, die in Thüringen gewählten Reichstagsabgeordneten Rosenfeld und Siemsen aufzufordern, unverzüglich ihre Reichstagsmandate zur Verfügung zu stellen.

Einheit im Kampf

Die Führung der Arbeiterjugend ruft auf

Die arbeitende Jugend geht einem schweren Winter entgegen. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Not unternimmt die soziale und politische Reaktion einen neuen Generalanmarsch auf die politischen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterjugend. Die arbeitende Jugend erlebt in dieser Notzeit mit eindringlicher Deutlichkeit ihre Schicksalsverbundenheit mit der erwachsenen Arbeiterklasse. Der Kampf der Arbeiterjugend in den kommenden Wochen und Monaten ist ihr Kampf, er entscheidet nicht zuletzt auch über die Zukunft der jungen Generation der Arbeiterklasse.

Sozialdemokratie und Gewerkschaften sind in diesem Ringen die einzigen Organisationen, die die Interessen des arbeitenden Volkes vertreten und die ihre ganze Kraft einsetzen, um trotz des Ansturmes der Gegner, trotz der unerbörten Angriffe des Faschismus und des Kommunismus von links der Arbeiterjugend ihre in jahrzehntelangen Kämpfen erzwungenen sozialen und politischen Rechte zu erhalten.

Die sozialistische Arbeiterjugend steht fest zur Sozialdemokratie

In der Ueberzeugung, daß allein die Sozialdemokratie in der Lage und gewillt ist, die Interessen der arbeitenden Jugend zu vertreten und ihre sozialistischen Ideale zu verwirklichen. Wir haben in dieser Ueberzeugung stets unsere Kraft eingesetzt, um die Schlagkraft der Partei zu erhalten und zu stärken. Unsere Arbeit war erfüllt von dem Willen, mitzuhelfen, die Einheit der Arbeiterklasse auf dem Boden des demokratischen Sozialismus durch die Stärkung der Sozialdemokratie herbeizuführen.

Jetzt stehen wir vor der Tatsache, daß in dieser Notzeit Genossen, die auch Führer der Jugend sein wollten, ihre

Sonderbündel innerhalb der Partei höher stellen als die Einheit der Partei

Die Partei hat sich diesem Angriff auf ihre elementarsten Lebensgesetze mit dem harten Mittel des Ausschusses erwehren müssen, und die Führer dieser Sonderbestrebungen stehen nun außerhalb der Partei.

Die Stellung der sozialistischen Arbeiterjugend in diesem Konflikt ist eindeutig und klar. Wir lassen uns in unserer Treue zur Sozialdemokratie durch diese Abspaltung nicht erschüttern. Wer seine

Der Hauptvorstand des Verbandes der sozialistischen Arbeiterjugend Deutschlands

Die Spaltung ein Verbrechen

Wien, 5. Okt. (Via Draht.) Der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, Dr. Otto Bauer, übermittelt uns zu Behauptungen der Rosenfeld und Sedewitz folgende Erklärung:

„Genossen der in Deutschland gegründeten sozialistischen Arbeiterpartei haben behauptet, ich hätte bei dem Parteivorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands interveniert, um ihre Ausgliederung zu verhindern. Gegenüber diesen Behauptungen erkläre ich: Sonntag, den 27. September, hat mir Marx Adler, der in Beziehungen zu den Gründern der neuen Reichsbewussten Sozialpartei steht, Mitteilungen über den Konflikt in Deutschland gemacht. Auf Wunsch von Marx Adler habe ich diese Mitteilungen in einem persönlichen und vertraulichen Brief an den Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokratie, den Genossen Otto Wels, geleitet, in der Hoffnung, daß sie vielleicht doch die Beilegung des Konfliktes erleichtern könnten. Ueber meine Stellung zu der Gründung der sozialistischen Arbeiterpartei kann kein Zweifel bestehen. Ich halte jede Spaltung der Sozialdemokratie für ein Verbrechen an der Arbeiterklasse. Auch wenn die von Sedewitz und Rosenfeld gegründete Verlags-Gesellschaft und Zeitschrift nicht, wie der Parteiausfluß annimmt, Anzeichen einer Sonderorganisation sein sollten, wären die Genossen nach meiner Ueberzeugung demnach verpflichtet gewesen, auf ihre Gründungen zu verzichten, um das bei weitem größere Uebel der Spaltung der Partei zu vermeiden.“

Freistaat Baden

Finanzierung der Wein- und Obsternte

Die Pressestelle beim Staatsministerium teilt mit: Aus den Mitteln des Fonds für landwirtschaftliche Betriebsunterstützung und Arbeitsförderung hat das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft einen größeren Betrag zur Zinsverbilligung für diejenigen Darlehen bereitgestellt, die vom deutschen Weinbau einseitig für die Weinverarbeitenden Industrie ausgeben werden, um von Wingen und Wingenregionen Trauben, Most oder Weine (aus den Ernten 1930 und 1931) in der Zeit vom Beginn der diesjährigen Reife bis zum 31. Januar 1932 aufzutauen. Der Zinsverbilligungssatz wird gewährt, wenn durch Vorlage der Schuldscheine über den Kaufvertrag der Weinbau erbracht ist, daß zum Kauf von Trauben, Most oder Weinen ein Gesamtbetrag von mindestens 6000 RM. aufgewendet worden ist. Die Verbilligung ist auf 4 Prozent bemessen und wird für die Dauer von längstens 3 Jahren gewährt. Die Zinsverbilligung darf nicht gewährt werden für Darlehen, die zum Ankauf von Obstvertriebsnetzen, -smoth oder -netzen aufgenommen werden.

Die Anträge sind durch die zuständigen Weinbauorganisationen Baden, nämlich:

1. Verein der Weinbändler und Branntweinbrenner für Mittelbaden Karlsruhe, Kaiserstraße 182.
2. Vereinigung Bad. Weinbändler in Freiburg i. Br.
3. Verein Mannheimer Wein- und Spirituosenbändler in Mannheim an das Ministerium des Innern einzureichen. Für die Wingenregionen stehen ebenfalls Mittel zur Zinsverbilligung zur Verfügung.

Anträge sind durch die Wingenorganisationen, welche sich mit den Genossenschaften in Verbindung gesetzt haben, beim Ministerium des Innern einzureichen. Zur Erleichterung der Finanzierung der diesjährigen Obliegenheit hat der Herr Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft aus den Mitteln des landwirtschaftlichen Betriebsunterstützung- und Arbeitsförderungsprogramms zur Förderung des Obstbaues zur Verfügung stehenden Mitteln einen größeren Betrag zur Zinsverbilligung für Darlehen bereitgestellt, die zur Mobilisierung der Obsternte aufgenommen werden.

Die Zinsverbilligung soll in erster Linie denjenigen Darlehen zugute kommen, die von den Obstbau- und Weinbauorganisationen aufgenommen werden. Die Verbilligung des Zinsfußes wird auf 4 Prozent bemessen und auf die Dauer von längstens 3 Monaten gewährt. Es ist erforderlich, daß den Anträgen eine von dem betreffenden Kreditinstitut zu unterbreitende Bilanz- bzw. Zinsabrechnung beigelegt wird, aus der insbesondere die Höhe des Darlehens, der Zinsfuß und die Zinsanfälligkeit zu ersehen ist. Ferner ist eine Erklärung über die Menge des aufgenommenen Obstes

Sonderbestrebungen höher stellt als die Erhaltung der Einheit der Partei, wer den Beschlüssen der von der Mitgliedschaft gewählten und mit der Führung der Partei beauftragten Körperschaften beharrlich zuwiderhandelt und damit ein trasses Beispiel von Disziplinlosigkeit gibt, der stellt sich nicht nur außerhalb der politischen Organisation der Arbeiterjugend, der Partei, er hat auch das Recht verwirkt, Führer der Jugend zu sein. Die Hoffnungen der Ausgeschlossenen auf die Geschlossenheit der Jugend werden sich nicht erfüllen. Die Mitglieder der sozialistischen Arbeiterjugend sind nicht bereit, eine neue Zersplitterung der Arbeiterbewegung zu unterliegen.

Der Hauptvorstand hat in seiner Sitzung vom 2. Oktober Beschlüsse gefaßt, die jeden Versuch der Ausgeschlossenen, sich in der Jugendorganisation einen Stützpunkt zu schaffen, zu verhindern werden. Wir richten an die gesamte Mitgliedschaft die dringende Aufforderung, uns in dem Kampf um die Erhaltung der Einheit der Organisation tatkräftig zu unterstützen und jeden abzuweisen, der den Versuch unternimmt, unsere Organisation zu zerschlagen.

Unsere Organisation hat sich in der schweren Zeit seit dem Septemberwahle des vorigen Jahres glänzend gehalten. Unser Reichsjugendtag in Frankfurt war eine der erhabensten und gewaltigsten Kundgebungen in der Geschichte der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung.

Unsere Mitgliederzahlen wachsen

Wir zählten am Ende des ersten Halbjahres 1931 rund 60 000 Mitglieder, das bedeutet eine Zunahme von annähernd 5000 Mitgliedern in sechs Monaten. Diese Erfolge weisen den Weg, der die arbeitende Jugend allein aus der harten Notzeit der Gegenwart in eine hellere Zukunft führen kann. Nur mit einer starken und einheitlichen Organisation der arbeitenden Jugend können wir den Kampf für unsere Ziele erfolgreich führen. Unsere Aufgabe ist klar:

Einheit im Kampf Einheit in der Organisation Einheit mit der Sozialdemokratie!

Unser Kampf aber geht weiter um die Ziele, für die wir in Frankfurt geschlossen und machtvoll demonstriert haben: Gegen Faschismus und Wirtschaftsnot! Für Demokratie und Sozialismus!

und über den für die Bevölkerung zugrunde gelegten Preis beschließen. Die Anträge sind sofort beim Ministerium des Innern in Karlsruhe einzureichen.

Der Stand der Feldgewächse und Klee

Die Witterung war im abgelaufenen Monat September zum größten Teil reich an Niederschlägen und schädete den Kulturen insbesondere in schweren Böden, zum Teil recht erheblich. Insbesondere haben darunter die Hackfrüchte Kartoffeln, Dikrüben, Zuckers sowie Stoppelrüben — zu leiden. Die Ueberntung der Felder geht nur langsam vorwärts. Die Kleider und die Wiesen sind zum größten Teil geräumt und haben betrübende Erträge geliefert. Die Bestellung der Winterkulturen ist im Gange.

Die Traubenernte geht infolge der nachlässigen Witterung langsam voran und das Erträgnis wird voraussichtlich mangelhafter nach Menge wie nach Güte den Erwartungen nicht entsprechen.

Der Stand der Badischen Bank

Ueber den Stand der Badischen Bank vom 30. September wird gemeldet:

Umlauf: Goldbestand 8 123 608, bedienungsfähige Devisen 838 648, sonstige Wechsel und Schecks 16 379 473, Deutsche Scheidemünzen 22 878, Noten anderer Banken 3 379 620, Lombardforderungen 1 374 500, Wertpapiere 11 701 881, sonstige Aktiva 26 807 066; Passiva: Grundkapital 8 300 000, Rücklagen 3 300 000, Betrag der umlaufenden Noten 22 935 750, sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten 13 852 458, sonstige Passiva 2 460 965, Verbindlichkeiten aus weiter begebenen, im Umlauf zahlbaren Wechseln 1 271 462, —.

Aus dem Unterrichtsministerium wird amtlich bekannt gegeben die Ernennung des Regierungsrats Dr. Mayer und der Direktoren Dr. Cramer-Karlstrube und Dr. Wollschlaeger-Donawinkel zu Oberregierungsräten im Unterrichtsministerium und die Ernennung des Oberregierungsrats Dr. Eichelbecker zum Direktor der Kantoberschule in Karlsruhe.

Im Badischen Lehrerverein hat entsprechend den Beschlüssen der Vertreterversammlung nunmehr die Wahl des neuen Vorstandes stattgefunden. Die Geschäfte des Obmannes führt von jetzt an Hauptlehrer Adolf Lindenfelder, die Stellvertretung des Obmannes hat Stadtlehrer Adolf Hofmann, während für die Sozialeinrichtungen der Obmann-Stellvertreter Wintermantel verantwortlich ist.

Badisches Landestheater. Schauspielaufführungen finden diese Woche statt: Dienstag, 6. Oktober, der Schwank „Schwengels“ von Fritz Peter Buch; am Mittwoch, 7. Oktober, Franz Cammerlohrs „Tempo über hundert“ und — für die Volksbühne — am Donnerstag, 8. Okt., das Schauspiel „Voruntertugend“ von Alsbach und Hesse. „Die Frau ohne Schatten“ von Richard Strauß für unsere Oper das große Ereignis des Spielzeitbeginns, wird am Freitag, 9. Okt., bereits zum viertenmal erscheinen. — „Die Badische Woche“ des Landestheaters feiert mit Samstag, 10. Okt., ein und bringt eine Neueinstudierung von Hermann Burtes Schauspiel „Simfon“ mit der Musik von Franz Philipp, die, von der Einfühlungskraft eines weisenservandten echten Künstlers geschaffen, der vieler großen Dichtung innewohnenden Musikalität, zu bezaubernder Klanglichkeit verhilft, wie es bereits bei den letzten Aufführungen des Werks vor einem Jahrzehnt uneingeschränkt anerkannt wurde. Der Komponist, unser allseitig verehrter Mitbürger und Leiter des Badischen Konservatoriums, hat sich bereit gefunden, an den Proben zu der Aufführung mitzuwirken, und wird auch bei dieser selbst die Orchesterleitung übernehmen. — Der 11. Oktober, Sonntag, feiert im Zeichen des Genies eines Johann Strauß: die berühmten Melodien der alten Operette „Der Carneval in Rom“ sind einer völlig neuen, vom Intendanten Dr. Waga geschaffenen Handlung mit originalem Text verbunden worden. Durch diese textliche Erneuerung gewinnt die Aufführung unter dem Titel: „Die Prinzessin auf dem Seil“ den Charakter einer Uraufführung, der ersten dieses Spieljahres. Die Inszenierung hat, wie schon mitgeteilt, Herr Dr. Carl Hagemann als Ehrenkraft des Landestheaters übernommen. Es steht somit ein in jeder Beziehung interessanter Theaterabend bevor. Die musikalische Leitung hat Josef Krups. Im Konzerthaus bekannt am selben Sonntag, Herr Omerthier, drei Akte von Louis Berneuil, zur Wiederaufnahme.

Ein böses Kapitel

Die Pläne der Reichsregierung zur Hauszinssteuerentung

Die Vorschläge, die von den verschiedensten Seiten zur Senkung der Hauszinssteuer gemacht worden sind, haben nachgerade eine heillose Verwirrung angerichtet. Man muß jetzt die Besorgnis haben, daß bei dem Streit um die Verteilung der Beute der Hauszinssteuer als einziger Gewinner ansieht. Es tut darum not, noch einmal in letzter Stunde Öffentlichkeit und verantwortliche Regierungsstelle darauf hinzuweisen, was bei der Senkung der Hauszinssteuer auf dem Spiele steht.

Man muß sich wundern, daß in einem Augenblick, in dem alles darauf ankommt, die Ruhe und Ordnung durch Unterstützung der Erwerbslosen aufrechtzuerhalten, überhaupt eine Diskussion über die Senkung der Hauszinssteuer möglich ist. Wenn jetzt schon die vorhandenen Mittel für die Arbeitslosenhilfe nicht ausreichen und den Erwerbslosen immer stärkere Beschränkungen auferlegt werden, so erscheint es unverantwortlich, im gleichen Zeitpunkt bei der Hauszinssteuer auf wichtigste öffentliche Einnahmen zu verzichten. Wir können uns gegenwärtig ein sinnloses Hinanswerfen öffentlicher Gelder wirklich nicht leisten. Nachdem bereits die Notverordnung vom Juni 1931 den Hausbesitzern für den erhöhten Aufwertungszinssatz gewisse individuelle Erleichterungen bei der Hauszinssteuer ausgesetzt hat, besteht heute nicht der geringste Grund, die Hausbesitzer noch einmal durch eine schematische Senkung der Hauszinssteuer zu bedrücken. Den Hausbesitzern ist bei der Wahrnehmung ihres Interessenstandpunktes die tatsächliche Position wesentlich erleichtert worden, weil auch andere Kreise mit dem stillen oder lauten Wunsch, die Hauszinssteuerentung im Wege der Milderung den Mietern nutzbar zu machen, in den Ruf nach der Hauszinssteuerreform mit einstimmten. Es kann kein Zweifel bestehen, daß eine solche Propaganda im gegenwärtigen Augenblick nur die Geschäfte des Hausbesitzes stützt. Auf die gleiche Erkenntnis ist die sozialdemokratische Entschickung im Wohnungsausschuß des Reichstages zurückzuführen, die wohl bedacht eine individuelle Regelung und eine weitgehende Beibehaltung der bisherigen Hauszinssteuermittel, insbesondere soweit der Wohnbauanteil in Frage kommt, fordert.

Leider sind die Entschickungen der Reichsregierung für eine schematische Senkung der Hauszinssteuer soweit gediehen, daß es sich nur noch um die Höhe des zur Anwendung kommenden Prozentsatzes handelt. Dabei besteht allerdings noch die große Gefahr, daß man in der Bemessung der Senkung viel zu weit geht und dem Hausbesitz ungediente Geschäfte in den Schoß wirft. Von den Interessententeilen wird gegenüber der Reichsregierung der Nachweis versucht, daß erst mit einer Prozentigen Senkung der Hauszinssteuer die Mehrbelastung des Hausbesitzes für den erhöhten Aufwertungszinssatz ausgleichend wäre. Das dem nicht so ist, vielmehr die Lasten des Hausbesitzes für die erhöhte Verzinsung der Aufwertungshypotheken in Höhe von rund 250 Mill. Reichsmark durch eine weit geringere Senkung der Hauszinssteuer abgelehnt werden können, zeigt folgende Rechnung:

Das Sollabkommen der Hauszinssteuer im Reich beträgt mindestens 1800 Mill. Reichsmark. Die Freistellung der benötigten 250 Mill. RM ist also schon mit einer Senkung der Hauszinssteuer um höchstens 15 v. H. möglich. Wenn schon zu der Notverordnung vom Juni 1931 eine ergänzende Regelung bei der Hauszinssteuer getroffen werden soll, so muß sie auf jeden Fall im Interesse der Gesamtheit in diesen Grenzen gehalten werden.

Es ist der Öffentlichkeit leider viel zu wenig bekannt, daß jede Senkung der Hauszinssteuer statt einer Milderung eine Mehrbelastung für die minderbemittelten Bevölkerungsteile mit sich bringen muß. Alle jene bebütigten Personen, die heute dank der Mietbeschränkung der Hauszinssteuer in dem Genusse einer ermäßigten Miete stehen, werden bei einer Senkung der Hauszinssteuer in ihrem Genusse geschmälert, denn mit der Ermäßigung der Hauszinssteuer verringert sich auch der Betrag für den ihnen der Staat vermittels der Steuerniederlassung eine Mieterleichterung verschaffen kann. So protest es auch können, tatsächlich legt sich für die minderbemittelte Bevölkerung die Hauszinssteuerentung im gleichen Umfang in eine höhere Mietzahlung an den Hausbesitzer um. Soweit diese Kreise die Mieterhöhung nicht tragen können, werden wiederum die Gemeinden Hilfe leisten müssen, die dann zu ihrem Steueranfall bei der Hauszinssteuer noch a conto der Verteilung des Hausbesitzes erhöhte Beiträge zahlen zu tragen haben.

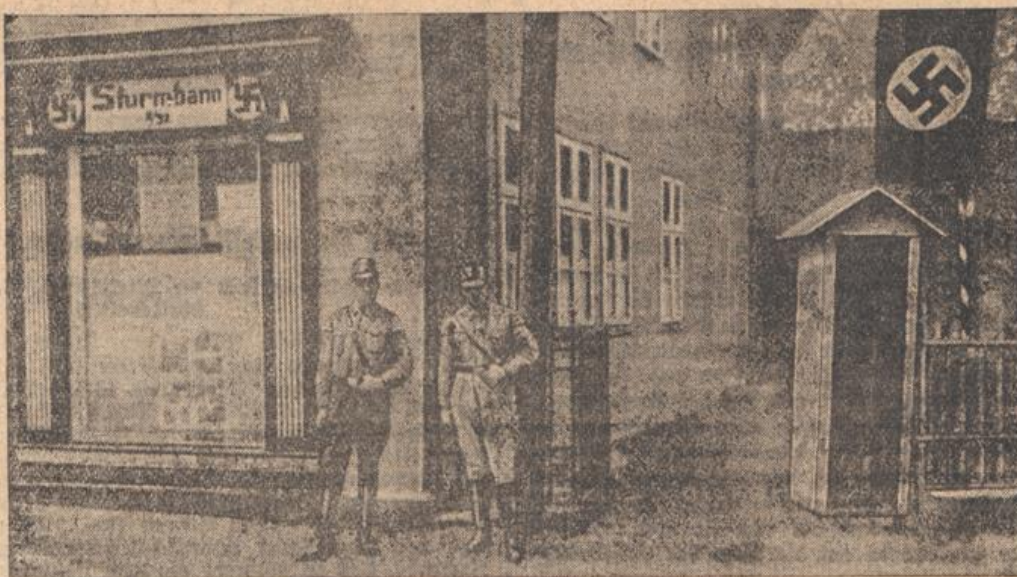
Bekämpfung der Trostspanner. Die Hauptstelle für Pflanzenzucht am Bad. Weinbauinstitut gibt folgendes bekannt: Von Mitte Oktober ab muß mit dem Beginn des Frostbitterfluges gerechnet werden. Spätestens bis zu diesem Zeitpunkt sollen daher an den Obstbäumen Leimringe angelegt sein, um den weißlichen Käfern, die bekanntlich nicht fliegen können, die Eingänge in den Kronen der Bäume unmöglich zu machen. Besonders zu beachten ist, daß die Stämme in Brusthöhe gut gesäubert werden, damit ein Durchkriechen der Käfer unter dem Leimring unmöglich ist. An jüngeren Bäumen, die noch am Pfahl gehalten werden, darf nicht vergessen werden, auch die Pfähle mit Leimringen zu versehen. An Hauswänden sind die hellen zu bevorzugen, da ihre Klebfähigkeit größer ist und länger anhält als die der dunklen. Von den Hauswänden sind die hellen zu bevorzugen, da ihre Klebfähigkeit größer ist und länger anhält als die der dunklen. Von den Hauswänden sind die hellen zu bevorzugen, da ihre Klebfähigkeit größer ist und länger anhält als die der dunklen.

Der Verein Südwestdeutscher Zeitungsverleger e. V. (Kreisverein des Vereins Deutscher Zeitungsverleger) kann in diesen Tagen auf sein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß wird der am 18. Okt. 1931 in Baden-Baden stattfindenden ordentlichen Mitgliederversammlung ein besonderer Festakt vorausgehen.

Eine Briefmarkenausstellung veranstaltet am 1. November 1931 in Berlin, Alte Jakobstraße 128, Old-Bellow-Logenhaus, der Arbeiter-Sammler-Bund, die Organisation der sozialistisch und freigewerkschaftlich organisierten Sammler. Anstunft erteilt R. Göse, Berlin N. 113, Uckerländer Straße 13.

Politik und Bildung. Hundert Jahre Arbeiterbildung. Von Heinrich Schulz, 1931. Verlag J. S. W. Dieckhoff, G.m.b.H., Berlin (180 H.). — Der Name des Genossen Heinrich Schulz ist innig mit dem Aufblühen der sozialdemokratischen Arbeiterbildung nach dem Mannheimer Parteitag verknüpft, der fast vor 25 Jahren eine neue kulturpolitische Ära in der deutschen Sozialdemokratie eröffnete. In souveräner Beherrschung seines Stoffes kristallisierte Schulz aus der deutschen Arbeiterbewegung die lebendigen sozialistischen Ideen heraus, die den deutschen Arbeiterbildungsbestrebungen im proletarischen Emanzipationskampf einen ganz besonderen Charakter gaben. Was Weitzing, Marx, Engels, Liebknecht und vor allem Ferdinand Lassalle für die ökonomisch-politische Schulung der Arbeiterklasse getan haben, leuchtete nachher aus den historischen Schilderungen des Genossen Schulz hervor. Eine wertvolle Seite der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie kommt in der Schulz'schen Schrift zur Darstellung. Die Sozialdemokratie erscheint in dieser Schrift als die Trägerin einer neuen großen Kulturbewegung. Von der Schrift des Genossen Schulz geht eine Probe werbende Kraft aus.

Die Nazikaserne mit Schilderhaus



Das braune Haus im Reiche des Herrn Klagges in Wolfenbüttel. Das Schilderhaus ist blau-gelb und soll demnächst braun gestrichen werden. Die uniformierte Wache steht Tag und Nacht mit zweistündiger Ablösung. Der Nazi-Minister Klagges gestattet diesen Skandal trotz sozialdemokratischer Einsprüche. Wie lange sieht der Reichsinnenminister diesem Treiben noch zu?

Wer bezahlt die Nazi-Kasernen?

Aus Berlin wird uns geschrieben: In vielen Städten werden systematisch Nazi-Kasernen aufgezogen, die unter dem Decknamen SA-Heime gehen. In diesen Kasernen werden Sturmtruppen der sogenannten SA bereitgehalten. Ihre Zweckbestimmung geht aus der ununterbrochenen Folge von Überfällen auf Andersdenkende, und nicht zuletzt aus den letzten organisierten Berliner Krawallen am Kurfurstendamm hervor. Es erhebt sich die Frage, wie diese Kasernen unterhalten werden. In Düsseldorf ist ein Sammelbuch für die SA-Küche, die die Nazi-Kasernen mit Essen beliefert, in die Hände der sozialdemokratischen Zeitung gefallen. Es geht daraus hervor, daß durch die Erzellenen und Herren von und zu, bei Beamten und Geschäftsleuten für die SA-Kasernen gespart wird. In Meiningen verabschieden die Nationalsozialisten den folgenden Brief:

„Ein Notwinter mit seinen grauenhaften Folgeerscheinungen des Hungers und der Kälte klopft auch an die Türen unserer arbeitslosen Parteigenossen. Unsere Braubenden, die Tag um Tag mit dem Einlog ihres Lebens den schweren Kampf gegen Marxismus und Bolschewismus kämpfen und damit sich einlegen gegen die völlige Vernichtung wertvoller Volksgüter, haben meist nicht das Notwendige, eine warme Stube und warmes Essen. Um diese Not zu steuern, haben wir beschloßen, eine Notstands Küche und einen geeigneten Aufenthaltsraum für unsere erwerbslosen Braubenden zu schaffen. Wir benötigen Kartoffeln, Mädrin, Rot- und Weizenkorn, Soja, Koblis usw.“

Das ist der infamste Mißbrauch, der mit dem Gedanken der Nothilfe und der Winterhilfe für

Erwerbslose getrieben werden kann. Die Idee der Nothilfe wird mißbraucht, um den Nationalsozialisten kostenlos Verpflegung und Wohnung für ihre Schlägerkolonnen zu beschaffen. Die Kasernenräume werden von Unternehmergeld bezahlt, Verpflegung und Heizung müssen die Spielbürger liefern, denen man vom schweren Kampf gegen Marxismus und Bolschewismus erzählt, und die Besetzung der SA-Stürme übernimmt der Staat auf dem Umweg über die Arbeitslosenunterstützung. Wie lange soll dieser Anflug der Nazikasernen, die Duldung dieser Unruheherde, die eine ständige Bedrohung der Ruhe und Ordnung darstellen, noch gehen?

für unser Geld

In der nationalsozialistischen Organisation werden Angestellte nach sonderbaren Grundätzen eingestellt. Sie erhalten kein Gehalt, sondern nur freie Verpflegung. So sucht der sogenannte Deutsche Volkssportverein, eine geiarnte SA-Organisation in Berlin, Stenotypistinnen für „ehrenamtliche Mitarbeit“, freie Verpflegung und Fahrgebelvergütung sollen gewährt werden. Es ist ganz klar, was sich dahinter verbirgt. Es werden Arbeitslose gesucht, die für ein Mittageßen für die nationalsozialistische Organisation arbeiten müssen, während sie im übrigen weiter Arbeitslosenunterstützung beziehen. Das bedeutet, daß die nationalsozialistische Organisation aus Mitteln der Arbeitslosenunterstützung aufgezogen wird. Jeder Arbeiter, der den Arbeitslosenbeitrag entrichtet, kann sich fragen, wenn er das Treiben der Nationalsozialisten sieht: für unter Geld.

Aus aller Welt

Der Sargbeutel hob sich...

In Bukarest ereignete sich ein nicht allfälliger Fall von Scheintod. Der Kaufmann Basile Schilfar, der bereits eingekerkert war, kam während der Trauerfeierlichkeiten plötzlich wieder zu sich. Er hob den Deckel des Sarges auf und richtete sich zum Entsetzen der zahlreichen Trauergäste im Sarge auf. Unter den Anwesenden entstand eine unbeschreibliche Panik; mehrere Frauen fielen in Ohnmacht. Der Totenlaute wurde aus dem Sarge in kein Zeit getragen, er konnte sich schon am nächsten Tage wieder erheben und befindet sich jetzt vollkommen wohl.



Im Zeichen der Krise: Auch im ruhigen England beginnen jetzt Arbeitslosenkrawalle

Veritene Londoner Polizei räumt die Oxfordstreet nach den kommunistischen Unruhen. — Nach ereigneten Szenen im englischen Unterhaus fanden in den westlichen Straßen von London große kommunistische Arbeitslosendemonstrationen statt. Es kam zu tätlichen zwischen Demonstranten und Polizei und mehrere Verhaftungen wurden vorgenommen. Es war dies das erste Mal, daß es in dem bisher stets so ruhigen England zu ernsthaften politischen Straßenkrawallen gekommen ist: ein Zeichen der schweren Krise, in der sich das britische Volk nun befindet.

Nazia auf Radioschwärzhörer in London

GNB, London, 6. Okt. Gegen die sogenannten Schwarzhörer, die Radioapparate ohne Genehmigung verwenden, wird jetzt ernstlich vorgegangen. Vorgestern patrouillierten bereits einer der Funkpostwagen durch die Straßen des Londoner Westens, wobei zahlreiche Schwarzhörer festgestellt wurden. In einem anderen Bezirk entdeckte dieser „mechanische Detektiv“ drei „Piraten“ innerhalb einer halben Stunde. Der neue Apparat zeigte sich so wirksam, daß sofort ein förmlicher Verkauf um Lizenzen für Radioapparate einlekte und innerhalb kurzer Zeit in verschiedenen Londoner Bezirken die Formularvorräte aufgebraucht waren. Die Post ist der Ansicht, daß es in London allein etwa 400 000 Schwarzhörer gibt, was für sie einen Verlust von 200 000 Pfund jährlich bedeutet.

Berliner chirurgische Universitätsklinik wird geschlossen

GNB, Berlin, 5. Okt. Die vom Geheimen Med.-Rat Dr. Bier geleitete Erste chirurgische Klinik der Berliner Universität wird im Verfolg der Sparmaßnahmen am 1. April geschlossen werden. Dem Personal mit sechsmonatiger Kündigungsfrist ist bereits gekündigt worden. Das übrige Personal wird die Kündigungs- an den festgelegten Terminen erhalten.

Jugend und Erziehung

In Berlin-Schöneberg begann die diesjährige „Tagung des Bundes entschiedener Schulreformer“. Das Kongressthema lautet: „Jugend, Erziehung und Politik“. In seinen einleitenden Begrüßungsworten verlangte der Vorsitzende des Bundes, Professor Paul Destré, statt der die Schule vernichtenden Sparpolitik von unten eine Sparpolitik von oben, d. h. Verzicht auf Unterstützung des Großgrundbesitzes, der Schwerindustrie usw. In einem anschließenden Referat über „Die Menschheitslage und ihre Konsequenzen“ verlangte Professor Destré eine politische Erziehung der Jugend, die zur Durchführung und zur Verwirklichung eines gemeinwirtschaftlichen allfälligeren Wirtschaftssystems reif mache. Das gegenwärtige Aufstiegs- und Verschönerungswesen erziehe nicht zu wahrer Solidarität und zur Verantwortung für die Gesundheit.

„Mandover“

Während das amerikanische Luftschiff „Los Angeles“ über Neu-York kreuzte und dabei einen Rauchschleier zum Schutze gegen gedachte Fliegerangriffe entwickelte, verdrückte sich der Rauchschleier zu einem dünnen Nebel, sank zu Boden und verurteilte auf Gesichtern und Schmerz, außerdem mußten die Zuschauer des „Mandovers“ feststellen, daß ihre Kleider große Löcher aufwiesen. Sachverständige sind der Meinung, daß das vom Luftschiff zur Erzeugung des Rauchschleiers verwandte „Tetraclorid“ sich durch Verbindung mit nebliger Luft in Säure vermanbelt habe. Die Neu-Yorker haben jetzt einen leichten Begriff davon bekommen, was ein eventueller Luftgasangriff auf ihre Stadt praktisch bedeuten könnte.

Geschäftsleiter: Georg Schöpplin Verantwortlich: Politik, Wirtschaft, Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten: E. Frankebaum, Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Kleine badische Chronik, Aus Mittelhessen, Turin, Gerichtszeitung, Kunstleben, Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindevorstand, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendvolk Deimat und Wandern, Auskünfte: Josef Geller, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Krüger, sämtliche Wohnstätten in Karlsruhe in Baden, Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft „Volksfreund“ G.m.b.H., Karlsruhe.

Gewerkschaftsbewegung

Tarifikündigungen im badischen Transport- und Verkehrsgewerbe

Das die Unternehmer wahllos vom Lohnabbaufimmel ergriffen sind, beweisen die Tarifikündigungen, die dem Bezirk 13 des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und im Transport- und Warenverkehr in den letzten Tagen zugegangen sind. Es wurden die Lohnsätze gekündigt: Für die Kohlenhandelsfirma Rhena-Diffa, Betrieb Karlsruhe Tankstelle. Weiter für die Kohlenfirma „Dex“, dann der Lohnsatz für 20 Privatbahnhöfe im Bezirk Baden. Weiter die Lohnsätze für das badische Fuhrwerk und der Lohnsatz für das badische Möbeltransportgewerbe. Außerdem der Lohnsatz für die Karlsruhe Hafenarbeiter. Das die Lohnsätze für die Reichsarbeiter und die Reichsposstarbeiter gleichfalls gekündigt sind, wurde von der Presse bereits berichtet, dabei ist noch zu bemerken, daß in allen Sparten und Betrieben in diesem Jahre bereits schon Lohnkürzungen vorgenommen worden sind. Man fragt sich, wie lange es noch dauern wird, bis die Arbeiter vom Lohnabbau befreit sind, oder soll es tatsächlich so lange weiter gehen, bis auch die noch in Arbeit stehenden mit ihrem Einkommen auf die Höhe der Arbeitslosen herabgedrückt sind?

Das Ende einer Illusion

„Die rote Selbsthilfe der Wertigen“ im A.V. Halle
Das „rote Frontamt“ für die kommunistischen Führer in Halle steht unmittelbar vor der Kasse, nachdem auch der letzte Versuch, umliegende Genossenschaften vor den verfahrenen Karren zu warnen, fehlschlagen ist. Das es so kommen mußte, ist für die Kenner nicht verwunderlich. Kommunistische Kattationsproben betrogen sich eben nicht mit ernstlicher genossenschaftlicher Arbeit.

Das kommunistische Zwischenstück ist damit beendet. Aber folgender Vorgang verdient festgehalten zu werden. Nach berühmtem Muster der kommunistischen Drogenerei hat die Belegschaft den Beschluß gefaßt, das Arbeitsverhältnis zu kündigen und sich ehrenamtlich dem A.V. zur Verfügung zu stellen. Nach kommunistischen Zeitungen wurde dieser Beschluß, die „rote Selbsthilfe der Wertigen“ in die Tat umzusetzen, mit großer Begeisterung gefaßt. Folgender Revers wurde den Angestellten vorgelegt, die woblamerkt nur noch aus „Einigkeit“ bestanden:

„Ich erkläre durch meine eigenhändige Unterschrift, daß ich auf Grund der schwierigen wirtschaftlichen Lage des A.V. Halle damit einverstanden bin, daß mein Arbeitsverhältnis im A.V. ab 12. September 1931 mit täglicher Kündigung bedingungslos gelöst werden kann, trotzdem mir die gesetzlichen und tariflichen Kündigungsfristen bekannt sind. Die Lohn- und Gehaltszahlung erfolgt entsprechend dem Beschluß der Belegschaftsversammlung vom 3. September 1931. Ich erkläre weiter, daß ich weitere Forderungen an den A.V. nicht mehr habe.“

In den Wochen der Sperrfrist für die Arbeitslosenunterstützung wollte die Verwaltung der Belegschaft die Güte der Unterstützung sehen.

Das Ergebnis: Über hundert Angestellte und Arbeiter wurden durch die kommunistische Mißwirtschaft ins Elend gestürzt. Die anderen, die Gutgläubigen, wollten „mit Begeisterung“ ohne Lohn arbeiten, damit einige KPD-Funkeln ihr sozialloses Leben weiterführen können.

Und da die Zustände im Konsumverein Halle kommunistisches Ideal waren, werden wohl alle Beteiligten mit noch größerer Begeisterung für „Sowjet-Deutschland“ kämpfen. Mit Recht bemerkt dazu der freie Angestellte, das Organ des A.V.:

„Das alles nennt sich rote Selbsthilfe und paßt zu den Grundrissen der modernen Arbeiterbewegung wie die Faust aufs Auge.“

Die Angestelltenbewegung 1928-1931

Geschichts- und Handbuch der Wirtschaft, Sozial- und Gewerkschaftspolitik

Herausgegeben vom Allgemeinen freien Angestelltenbund im Freien Volksverlag G.m.b.H., Berlin NW 40, Werftstraße 7, 460 Seiten im Großformat. Ladenpreis 10 Mark, Preis für Mitglieder der A.V.-Verbände 7 Mark. — Der A.V.-Bundesvorstand legt dem 4. A.V.-Gewerkschaftscongres wiederum seinen Geschäftsbericht in Form eines Geschichts- und Handbuches der Wirtschaft, Sozial- und Gewerkschaftspolitik der freigewerkschaftlichen Angestelltenbewegung vor. Dieses umfangreiche Werk berichtet über die Arbeit des A.V.-Bundes in den Jahren 1928, 1929 und 1930, also über eine Zeit schwerster gewerkschaftlicher Tätigkeit. Er führt den Nachweis, daß es trotzdem bis zum Frühjahr 1931 gelungen ist, nicht nur die zahlreichsten Angriffe abzuwehren, sondern einen vermehrenden Angestelltenstreik durchzuführen. Dabei wird auf den Kampf um die Leistungen der Angestelltenversicherung, um die gesetzliche Beschränkung der Unabhängigkeit des Gehaltsanspruches aller Angestellten im Krankheitsfall verwiesen.

Besondere Beachtung müssen die Abschnitte über den Arbeitslohn und den Arbeitslosenlohn finden. In den Darlegungen über die einzelnen Phasen der Auseinandersetzungen über die Arbeitslosenversicherung spiegelt sich das wirtschaftliche und soziale Bild der Gegenwart. Hier zeigt sich aber gleichzeitig auch die enge Verbindung zwischen der Arbeit der Gewerkschaften und der politischen Kraftentfaltung.

Der freigewerkschaftliche Standpunkt kommt besonders auch darin zum Ausdruck, daß die gesamten sozialpolitischen Kämpfe und die Gewerkschaftspolitik eingebaut werden in den Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung und der ökonomischen Grundlagen der Gegenwart. Der Bericht gibt eine hervorragende Analyse der Wirtschaftskrisis und bringt eine systematische Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung. Die verändernde Wirkung der fallenden Preise, Währungs- und Handelspolitik wird aufgezeigt. Die Forderungen der Gewerkschaften zur Wirtschaftskontrolle, zur Reform des Arbeitsrechts, zur Frage der Wirtschaftsprüfung und der Monopolkontrolle werden begründet.

Im Hinblick auf das 10jährige Bestehen des A.V.-Bundes bringt der jetzt vorliegende Bericht erstmalig Darlegungen über die Geschichte der einzelnen dem A.V.-Bund angeschlossenen Verbände. Die Aktivität der Berufsverbände und der eiserne Wille der Gesamtbewegung, der durch die Tätigkeit des A.V.-Bundesvorstandes zum Ausdruck kommt, machte es möglich, daß die Mitgliedszahl sich in der Berichtszeit noch außerordentlich günstig entwickelt hat. Im Jahre 1928 zählten die A.V.-Verbände 417 766 Mitglieder. Diese Zahl ist im Jahre 1931 auf 477 300 Mitglieder gestiegen. Ein deutliches Zeichen der organisatorischen Kraft der Gesamtbewegung.

Dieses grundlegenden Buch ist für den Mitarbeiter in der Angestelltenbewegung, ist für die gesamte Öffentlichkeit, in erster Linie für den Gewerkschafter und Politiker von großer Bedeutung. Es ist, wie der Titel besagt, tatsächlich ein Geschichts- und Handbuch der Wirtschaft, Sozial- und Gewerkschaftspolitik. Es bietet eine große Fülle von wichtigem Material, das durch statistische Aufzeichnungen und durch Erhebungen der größten Angestellten-Forschungsorganisationen Deutschlands ergänzt wird.

eines an sich sehr belastenden Tatbestandes freigesprochen. Frau Schröder erriet vor etwa Jahresfrist mit dem von ihr geleiteten Kabinett auf den Bürgersteig der Leipziger Straße, konnte aber das schwere Auto nicht loslösen zum Fallen bringen, so daß zahlreiche Personen vom Auto erfaßt und zu Boden geworfen wurden. Sechs Personen wurden schwer, eine tödlich verletzt. Die Angeklagte verteidigte sich damit, daß sie von zwei Kraftfahrzeugen, die bei rotem Licht über die Straße gekommen seien, erlährt worden war, daß sie dadurch wohl handlungsunfähig gewesen sein mag. Zeugen bestätigten diese Aussage. Der Staatsanwalt vertrat den Standpunkt, daß die Angeklagte verantwortlich zu machen sei, da sie über Wagen nicht in der Gewalt gehabt habe; er beantragte fünf Monate Gefängnis und eine Buße von 10 000 M. Das Gericht sprach aber die Generaldirektorsfrau frei, da „die Frau am Steuer“ im kritischen Moment den Kopf verloren habe und hierfür nicht verantwortlich gemacht werden könnte. Die Angeklagte habe nicht gewußt, daß ihre Herren diesen Anforderungen nicht genügen wären. Jeder andere Fahrer hätte allerdings für die Tat bestraft werden müssen.

Gemeindepolitik

Gemeinderatsbeschlüsse

Söllingen (Sitzung vom 1. Oktober)
Der Abflug der Dampfer ist zu reinigen. Den Grundbesitzgeheimnissen ist Kenntnis hieron zu geben ev. ihr Einverständnis einzuholen. — Von einer Einladung der Freiw. Feuerwehr zu ihrer diesjährigen Hauptprobe wird Kenntnis genommen. — Des Weiteren von einem Schreiben des badischen Besirksamts woenen einer in nächster Zeit stattfindenden Straßen- und Hausreinigung für den Verein für Deutschum bad. badisches Jugendwerk. — Zur Beurteilung des Gehalts des Apothekers Bardeur um Ermäßigung seiner Gewerbesteuer sollen vom Finanzamt die nötigen Unterlagen eingeholt werden. — Besirksamtsrat und tierärztliche Schreiben in Sachen „ungefährter“ Zugfahrern sind erneut Gegenstand der Erörterung. — Den Zuschlag für Leung der Wasserleitung im neuen Schulbau erhält Viehweilmeister Wiltich in Höhe von 55 M. — Der Verpachtung der gemeindeeigenen Grundstücke wird, in Anbetracht des teilweise zu niedrigen Angebots Genehmigung verweigert und ein neuer Termin bestimmt. — Zwei Beschlüsse am Besirksamtsrat die fällige Wohnmitteln gegen Rückzahlung wird zugewiesen. — In das Fortschritt soll eine Einlage von Abgabe von Streuland gerichtet werden. — Die schon zweimal erwähnte Wohnungsangelegenheit kann auch heute, da trotz größter Bemühung bis jetzt eine Wohnung nicht ausfindig zu machen war, nicht erledigt werden. — Der Bürgermeister gibt noch Auskunft über eine innerhalb des Kollegiums vorgebrachte Beschwerde der Erwerbslosenkommission.

Sulzfeld
Bezüglich der Vergabe der Ziegenbockhaltung nahm der Gemeinderat von den Bewerbungen Kenntnis, doch ist Endabgabe noch nicht beschlossene. — Zwei Fürsorgeanträge zur Vorlage an die Besirksamtsrat wurden teilweise befürwortet. — Die Fußbodenreparatur für Schule und Rathaus für dieses Wirtschaftsjahr wurden dem niederrheinischen Angebot zugelassen. — Eine Feldweg-Instandsetzung wurde angeordnet. — Frau Weinberger hat dieses Jahr hier notwendig. Da 32 Bewerbungen eingekommen waren, hat der Gemeinderat 9 Wohnfahrtsverträge mit der Weinbergerin betraut und deren Vergütung festgesetzt. Die Weinbergerin beginnt am 4. Oktober. — Aufsteck des nach Durach bezogenen Gemeindevorstandes Rudolf Scholz hat der nächste Bewerber der Liste der SPD, Schlosser Oskar Kießel, als Gemeindevorstand in den Bürgerausschuß einzureisen. — Der Gemeinderat beschließt sich weiterhin mit verschiedenen Fragen der Gemeinde und sonstigen Angelegenheiten.

Die Not der Gemeinden

Die letzten Auswirkungen der Krise bekommen am härtesten die Gemeinden zu spüren, besonders die Landgemeinden. Diese Gemeinden haben als Arbeiterwohnortgemeinden große Wohnfahrtslasten zu tragen, sie sind auch verpflichtet, bestimmte Abgaben und Beiträge für halbamtliche Körperlichkeiten verschiedener Art zu erheben und pünktlich abzuführen, auch dann, wenn sie selber noch nicht einmal im Besitze der Gelder sind. Dieser unhaltbare Zustand wird in einem Joeben in der Zeitungsart die Gemeinde erlöschenden Artikel grell beleuchtet. Wir müssen dem Artikelfreibeier zustimmen, wenn er fragt: „Was hat der Staat getan, um seine Ursachen, die Gemeinden, vor dem gänzlich Verfallen in eine Schuldenwirtschaft zu bewahren?“

Vom Deutschen Städtetag

Im Mittelpunkt der Beratungen, die der Vorstand des Deutschen Städtetages am Samstag in München abhielt, stand die Verwirklichung des 800-Millionenzieles, das nach Prüfung durch die Reichsregierung in der Haushaltsentwürfen der Gemeinden und Gemeindeverbände im laufenden Rechnungsjahr tatsächlich vorhanden ist.

Durch die eigenen Sparmaßnahmen der Kommunen wird es gelingen, den Fehlbetrag um 325 Millionen zu verringern, ohne die Grundlast völlig preiszugeben, auf der der gemeindlichen Selbstverwaltung allein noch die Erfüllung der sozialen und kulturellen Aufgaben möglich ist. Das nach Durchführung des angelegten Sparprogramms die Grenze des Möglichen erreicht ist, haben inzwischen die Länderregierungen von Preußen, Bayern und Sachsen als kommunale Aufsichtsbehörden der Reichsregierung offiziell wissen lassen. Daraufhin erklärte sich die Reichsregierung bereit, sich zunächst mit einem Aufwand von 230 Millionen Mark an der Beteiligung des noch verbleibenden Fehlbetrages von 475 Millionen zu beteiligen, wobei aber die 60 Millionen einzurechnen werden, die das Reich schon im Juni den Gemeinden gegeben hat. Die Erfüllung eines Reichszuschusses ist in der Statutenordnung festgesetzt, die am kommenden Dienstag erlassen wird. Es fehlen also dann noch immer 305 Millionen, die für die Ernährung der Wohnfahrtsverträge in den kommenden Wintermonaten unbedingt notwendig sind. Die Berechnungen des Deutschen Städtetages über die Zahl der Wohnfahrtsverträge haben sich bisher als richtig erwiesen. Es sind heute 1,22 Millionen. Bis zum Februar dürfte der Höchststand mit 1,6 Millionen erreicht werden.

Erfreulichweise hat sich das Reich jetzt auf den Standpunkt gestellt, daß die Gemeinden auf diesem Defizit nicht sitzen bleiben dürfen, weil die Arbeitslosen unter allen Umständen versorgt werden müssen. Das Reich hat deshalb eine nochmalige Beteiligung an den Erwerbslosenposten in nicht allzu ferner Zeit in Aussicht gestellt. Das Beitreten des Deutschen Städtetages geht nun auf eine Vereinstellungung der Kräfte und der Wohnfahrtsverträge hinaus, weil auf diesem Wege weitere Einsparungen möglich sind; denn die Erfahrung der alten Gemeinden etwa 10 bis 30 Prozent bei der Wohnfahrtsverträge überhaupt nicht erscheinen. Durch eine Vereinstellungung würde auch die Verfügbarekeit der Lohngruppen in der Kräfteverteilung erleichtert und eine bessere Durchführung der Bedarfsverteilung ermöglicht. Der Städtetag rechnet damit, daß durch die Notverordnung am Dienstag die gleichen materiellen Grundstoffe für beide Unterstützungsgruppen in Kraft gesetzt werden.

Volkswirtschaft

Der deutsche Groß- und Handelseinzelhandel hat sich mit den Bestrebungen vieler Händler beschäftigt, die in dringlicher Forderung gemachten Wünsche auf Goldwährung oder auf Goldresten zu einer anderen Währung abzuändern und bezahlt zu erhalten. D. h., daß den Ausdrückungen der enalischen Antifaken irgendwie zu entscheiden. Der genannte Verband beschloß: „Es besteht weder ein Recht noch ein moralischer Anspruch auf Währungsänderung der Währung für geschlossene Verträge bzw. auf Zahlung auf Goldbasis, es sei denn, daß bei Abschluß ein diesbezüglicher Vorbehalt zwischen den Parteien ausdrücklich vereinbart worden ist.“

Kleine bad. Chronik

Vom Fuhrwerk überfahren

Graben (Amt Karlsruhe), 5. Okt. Der 24 Jahre alte Landwirt Albert Scholl wollte einen beladenen Wagen befahren, kam jedoch zu Fall und wurde überfahren. Der Mann erlitt schwere Verletzungen und dürfte kaum mit dem Leben davon kommen.

Mißglückter Raubüberfall

Mannheim, 5. Okt. Gestern abend gegen halb 9 Uhr sprach in der Wohnung des Bäckermeisters S a a a in der Cannabichstraße 11, ein 22jähriger Kaufmann aus München vor. Der effläbrige Junge des Hauses öffnete die Tür und holte dann seine Mutter. Ohne daß es zu einer Auseinandersetzung gekommen wäre, zog der Bettler aus einer Aktentasche einen langen Revolver und rief: „Still, kein Wort!“ Als die Frau dann Bewegungen machte, um sich zu entfernen, gab er einen scharfen Schuß auf sie ab. Durch dieses Geräusch aufmerksam gemacht, erschien der Bäckermeister, um seiner Frau zu Hilfe zu kommen. Es entstand ein Handgemenge, in dessen Verlauf es dem Eindringling gelang, einen Gewehrstein zu erfassen, mit dem er Herrn Haag mehrmals auf den Kopf schlug und ihn verletzte. Inzwischen wurde die Polizei in dem zuständigen Revier Uhländstraße alarmiert; sie nahm den Wurfstein fest, der dann von dem sofort alarmierten Notrufkommando abtransportiert wurde.

* Altkuhheim (bei Schwetzingen). Der 46jährige ledige Friedrich Wolph Becker hat sich in einem Anfall von Schwermut in seiner Stube erhängt.

* Schwetzingen. In der Nacht von Samstag auf Sonntag kam es zwischen mehreren uniformierten Mitgliedern der NSDAP und Andersdenkenden auf der Karl-Theodorstraße zu Zusammenstößen und Schlägereien, so daß die Polizei einschreiten mußte. Erhebliche Verletzungen hat es nicht gegeben.

* Rohrbach (bei Eppingen). Sonntag nacht brannte die mit Erntevorräten gefüllte Scheune der Rudolf Wieland Witwe vollständig nieder.

Mannheim. Sonntag früh ist in der Langstraße ein 25 Jahre alter lediger Gidler in seiner Manarde tot aufgefunden worden. Der junge Mann hat sich vermutlich nach seinem Heimkommen mit einer brennenden Zigarette auf ein Kuschelstul gelehnt. Dieses hat offenbar Feuer gefangen und der junge Mann war infolge Rauchvergiftung nicht mehr in der Lage, die von innen verschlossene Türe zu öffnen, um ins Freie zu gelangen.

* Sammersfeldbach, Amt Neustadt. In einer der letzten Nächte fiel von einem Lastwagen bei der Fahrt durch das Eisenbach bzw. Bregtal ein Faß roter Oberinhalbeimer. Trotz eifriger Suchens konnte das Faß nicht mehr gefunden werden. Es liegt Fundunter-schlagung vor.

* Kleinfens. Der 49 Jahre alte Arbeiter Joseph Groff wurde als Zeuge bei den Kraitwerktauten aus dem Rhein geboren. Man nimmt an, daß Groff in einem Anfall von Schwermut Selbstmord verübt hat.

* Sintersarten. Am Sonntag nachmittag nahm sich Frau Da Wangler hier infolge tiefer Schwermut das Leben.

* Schliengen, Amt Willheim. Der 45 Jahre alte Landwirt Th. Bösch hat sich aus Furcht vor Geisteskrankheit erschossen.

Lotteriegewinnung. Dem Landesauswahls für Arbeiterwohnfahrtsfabriken wurde die Erlaubnis erteilt, Zole der in Preußen dem Hauptauswahls für Arbeiterwohnfahrtsfabriken gemeinsamen Wertlotterie in Baden zu vertreiben.

Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 5. Oktober. Zufuhr 47 Ochsen, 38-42, 38-38, 35-36, 33-35, 31-33, 30-31; 56 Bullen 29-30, 26-27, 25-26, 22-25; 27 Rüsse 25-30; Färsen 38-44, 30-36; insgesamt 330 Stück Großvieh; 98 Rälber 48-50, 45-48, 41-45, 29-34; Schweine 57-59, 58-60, 59-62, 56-60, 54-56, 46-50. Gesamtaufuhr 1646 Stück. Beste Tiere über Notis, Fettfleisch bes. gebrt. Großvieh und Schweine geringer Ueberzahl, Rälber geräumt.

Der Obstreichstum

Vom Lande schreibt man uns: Bekanntlich haben wir in diesem Jahre eine Obsternte. Aus allen Gegenden liest man, daß es übergenug Obst gibt. Manchmal kann man die Sorge vernennen, wie dieser Obsternte geerntet und verwendet werden soll. Im L o r z a r Bezirk sollen nach dem Bericht einer landwirtschaftlichen Zeitung ca. 30 000 Zentner Äpfel verrotten sein, weil sie nicht oder nicht rechtzeitig geerntet und verwertet werden konnten. Das darf doch in diesem Herbst nicht mehr vorkommen, nichts darf verderben, wo doch in den Städten und deren nächster Umgebung Tafel- und Marktobst sind, die sich infolge der derzeitigen Verhältnisse kaum das allernotwendigste kaufen können und für Obst natürlich kein Geld haben. Und doch ist reiches Obst so notwendig für die Ernährung und Gesundheit der Menschen, insbesondere aber der Kinder!

Während auf der einen Seite die Obstproduzenten froh wären, auch nur die Erntelosten erlitten zu erhalten, ist auf der anderen Seite ein großer Teil der städtischen Bevölkerung meistens nicht in der Lage, auch verbilligtes Obst zu kaufen. Durch bessere Organisation könnte viel billiges Obst in die Städte geliefert werden; bis jetzt ist in dieser Hinsicht noch wenigstens geschehen, nur der Handel ist aus eigenem Interesse realam. Wäre es nicht möglich, daß sich die Arbeiterorganisationen vielleicht durch Vermittlung des Lebensbedürfnisvereins, dieser Sache annehmen? Wenn das Obst so wahllos in Zentren oder zum Selbstkostenpreis abzugeben wird, besteht die Möglichkeit, es durch die Reichsbahn frachtfrei transportiert zu erhalten. Bei der Sammlung des Obstes könnten die Schulen oder Erwerbsloje mitwirken. Die Landwirtschaftskammer kann wie wir hören, Wirtschaftsobst zum Preise von 3 Mark pro Zentner beschaffen. Vielleicht könnte durch Zuschuß von irgend einer Seite der Preis noch verbilligt werden, so daß es auch den Erwerbslosen möglich wäre, sich etwas Obst zu kaufen. In der Bodenbesetzung soll Obst zum Preise von 60-80 Pfg. für den Zentner zu haben sein. Da fehlt es doch wirklich nur an der Organisation des Ankaufs und Abhanges und vielen von den Vermittlern der Armen könnte etwas Obst beschafft werden. Aber Gite tut not!

Galant — aber gerecht?

Vom Verkehrsrichtungsgericht Berlin wurde in einer prinzipiell bedeutenden Verhandlung die Generaldirektorsfrau Schröder, die sich wegen fabelhafter Lötung zu verantworten hatte, trotz



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

8. Oktober.

1829 Erste Lokomotive Stephenson. — 1848 Aufstand in Wien (Zeughaussturm). — 1905 Geolog. Ferd. v. Richthofen. — 1918 Revolution in Bulgarien. — 1923 Ausnahmegesetz gegen Kommunisten in Bayern. — 1926 Rücktritt Seiner Majestät, Reichsminister Graf Fritsch (preussischer Innenminister).

Von Nazis überfallen

Nationalsozialisten als Wegelagerer!

Von der Jugendabteilung des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ wird uns geschrieben:

Die Jugend des T.V. „Die Naturfreunde“ traf sich am Sonntag um 8 Uhr vor dem Schloß, um eine Wanderung nach Stutensee zu unternehmen. Nichts ahnend zogen wir unseren Weg, der uns durch die Friedrichstaler Allee führte. Als wir ungefähr 500 Meter vom Hirschgraben entfernt waren, fuhr uns ein Nazi entgegen.

Dreimaliges Pfeifen und im Nu waren wir von ungefähr 25—30 Spießgesellen umringt.

Da sie nun in dreifacher Ueberzahl waren, konnten sie nun ihre großen Mäuler riskieren. So verlangten sie von uns, daß wir unsere Taschen nach Waffen durchsuchen ließen.

Eines unserer jüngsten Mitglieder warfen sie zu Boden und traktierten es mit Fußtritten. Mit dem Führer der Jugend, den sie als „roten Hund“ bezeichneten, sollte abgewartet werden bis der Tag der Abrechnung gekommen sei.

Einem Jugendlichen, der sich zur Wehr setzte, schlugen sie zwei klaffende Wunden mit einem festen Gegenstand in den Kopf.

Die Herrschaften erwarteten, daß wir nun mit dem Kampf beginnen würden, um in ihrem Lügenblättern Führer von den unschuldigen Nationalsozialisten und den roten Nordbanditen zu berichten. Nur durch unsere Besonnenheit konnten wir verhindern, daß größeres Unheil angerichtet wurde. Nachdem dieses Gefindel Blut gesehen hatte, verschwand es mit der Drohung:

Wenn ihr den nächsten Weg kreuzt, schlagen wir euch tot.

Hingekommene Zeugen erklärten, daß dieser Ueberfall planmäßig vorbereitet war.

Wir nehmen nun an, daß es dieselbe Bande war, die vor einigen Wochen die Kinderfreunde überfallen hat und fragen: Ist es den Jugendgruppen der Arbeitervereine nicht mehr gestattet, im Hardtwald spazieren zu gehen, weil dieses Gefindel als Wegelagerer so ungefährlich sein Wesen treiben darf? Sollte es vielleicht im Dritten Reich so aussehen? Wir machen die Arbeitervereine darauf aufmerksam, daß sie ihre Jugend nicht ungewappnet durch dieses Gebiet gehen lassen soll. Das erstmal hat uns dieses Gefindel erwirkt, das zweitemal werden wir gewappnet sein!

„Kerndeutsches Mädchen sucht Stellung“

(Aus einem Inserat im Württembergischen Beobachter)

Ein Leser schreibt uns: Schon immer hatte ich mich gefragt, wie denn ein solch kerndeutsches Mädchen aussieht, aber niemals eine Antwort darauf erhalten. Da hatte ich nun neulich ein fabelhaftes Bild. Ein „kerndeutsches“ Mädchen sah mir gegenüber in der Straßenbahn. Ein Irrtum war ausgeschlossen, denn für sein echt kerndeutsches Wesen garantierte mir das am Mantelaufschlag angeheftete Hakenkreuzabzeichen. Ich hatte nun Zeit und Muße, mir den Kern des deutschen Mädchens zu betrachten. Er sah so aus:

An den Hüften trug das „kerndeutsche“ Mädchen beige Original-„Goodneat“-Schuhe mit Louis XIV.-Absatz, während die Beine in kunstvollen Tricot-Strümpfen steckten, die allerdings an einer Stelle mit Twist gestopft waren. Sein Kleid war aus Crepe Georgette bleu. Darüber hatte es wegen der herblichen Reife einen Pullover gezogen, und seinen Hals mit einem Foularshawl gegen den Zug geschützt. Auf dem Kopfe trug es ein helles Samt-Toupe, unter welchem die mit Wasserstoffsuperoxid gebleichten blonden deutschen Locken hervorquollen. Um den Trench Coat hatte es einen Gürtel gezogen, damit die Taille besser zur Geltung kam.

Dieses „kerndeutsche“ Mädchen nahm aus seinem Pompadour ein Flacon Eau d'Oran, Paris, schüttete einige Tropfen auf sein mit Brillenfedern besetztes Taschentuch und rieb sich die Schläfe. Neben ihm sah eine deutsche Mama, der es sagte, daß es schon einige Stunden an einer Miaräne leide. Es habe das bereits im Foyer des Varietés bemerkt. Die Mama war darüber sehr erschauert und glaubte, daß die Tochter im Restaurant den französischen Cognac zu schnell getrunken hätte. Dagegen protestierte das Mädchen und schob die Schuld an der Miaräne dem englisch Kasse und dem Slow fox zu. Damit war diese Affaire erledigt und das Mädchen summierte ein Lied vor sich hin. Auf die Frage der Mama, wie dieses heiße, beehrte das „kerndeutsche“ Mädchen seine Mama, das wäre der Keirat von dem neuesten Schlager: „Woo — oo, you — oo, ihsat woo“. Dann erklärte es, es wäre doch ärgerlich, daß Papa mit dem neuen „Chrysler“-Wagen unterwegs wäre, damit zu fahren wäre entschieden schöner als mit der Straßenbahn. Dann bejahte es sich nachdenklich seine manikürten Fingern.

Wir wurde ob des deutschen Wesens dieses „kerndeutschen“ Mädchens schwarzweißrot vor den Augen und ich war glücklich, als der weißliche Teil dieser Hakenkreuzfamilie an der nächsten Haltestelle ausstieg.

Seitdem weiß ich nun, was kerndeutsche Mädchen sind, die Hitler „Adolf, der Zukünftige“ so dringend zur Bückung des deutschen Neudels bedarf.

Die Walderholung der Arbeiterwohlfahrt

Der Verbrauch an Lebensmitteln

Wenn heute am Ende des Sommers und nachdem die fünf Wochen Walderholung schon fast ins Meer der Vergessenheit gesunken sind und nur das frischere Aussehen der Kinder und der lebendigere Glanz ihrer Augen manche Eltern an die Zeit der Ausspannung und der Erholung erinnern noch ein Wort über diese Ferienwochen verloren werden soll, so darum, weil wir als Arbeiterorganisation stolz darauf sind, ein Werk der Jugendfürsorge begründet zu haben und es in jedem Jahr zu verbessern und in sozialistischem Sinn auszugestalten. Wir vergleichen uns dabei nicht mit bürgerlichen Kreisen. Wir wissen, daß den charitativen Organisationen weit größere Mittel und viel mehr geschulte Kräfte zur Verfügung stehen und ein Vergleich mit ihnen trotz aller Anstrengungen und intensiver Kräfteinziehung bald zu unsern Ungunsten ausfallen müßte. Fürsorgetätigkeit kann einer Arbeiterorganisation daher auch niemals Ziel oder Selbstzweck sein, sie ist immer nur ein Mittel, den schwersten Schäden eines abgewirtschafteten Systems zu begegnen und erfüllt ihre Aufgabe nur dann, wenn es ihr gelingt, in die Herzen der von ihr Betreuten und besonders der Kinder den Geist der Solidarität und revolutionären Zuversicht zu legen, ohne den die Arbeiterchaft ihr Endziel — den Sozialismus — niemals erreichen kann.

Ueber jeden Schritt, der uns vorwärts führt, freuen wir uns, so auch darüber, daß es uns gelingt, in jedem Jahr ungefähr 400 Arbeiterkinder ganz ohne fremde Wohltätigkeit so gut zu versorgen, daß auch in diesem Sommer eine durchschnittliche Gewichtszunahme von vier bis fünf Pfund festgestellt werden konnte.

Was hat die W.W. während dieser fünf Wochen verbraucht?

An den 30 Verpflegungstagen wurden täglich durchschnittlich 250 Liter Milch konsumiert, 440 Tafelbrötchen, 35 große Brote fürs Frühstück und je nach der Art des Abendessens noch einmal 42 Brote. Außer Freitags gab es jeden Tag Fleisch, das auf dem Bestellzettel mit 50 Pfund angegeben war, und an je zwei Abenden in der Woche 40 Pfund Wurst. Zwei Schweine im Gesamtgewicht von 396 Pfund mahlten ihr Leben lassen, um ihm wahren Sinne des Wortes mit Fleisch, Fett und Blut das Wohl einer aufsteigenden Klasse zu fördern. In ihrer Begleitung verschwanden 52 Zentner Kartoffeln, 5 Zentner Feigen, 2,20 Zentner Reis, 2 Zentner Grieß, 2 Zentner Bohnen und 50 Kilo Salatöl. Auf Kosten der Freitage sind außer etlichen Zentnern Mehl und einer Unmenge frischen Obstes anderthalb Zentner Dillweib, 50 Kilo Himbeerjast, 50 Eier und ein Teil der 150 Pfund verbrauchten Kakaos zu sehen. Zucker zeichnet mit beinahe 10 Zentnern. Für Karloffelgemüse wurden 20 Liter Rahm verwendet, außerdem gabs 2 Zentner weißen Käse. Auf der allgemeinen Abrechnung stehen noch 50 Pfund Vaniliebutter, 57 Pfund Tafelbutter und 2 1/2 Zentner Fett. Gemüse lieferten viele Kleingärtner einen Teil zum Wohl der W.W.

An Elternbeiträgen wurden in diesem Jahr fast tausend Mark weniger aufgebracht als im letzten Jahr, ein Zeichen der fortschreitenden Arbeitslosigkeit. Zu den Rohstoffen für Lebensmittel und Löhnen kamen dann noch die Beiträge für die Sozialversicherungen, die Kosten für Holz und Kohlen, Neuanpassungen, Reparaturen, Material für die Pastenausstellung der Kinder und die Miete an die „Freien Turner“. Es ist der Stadt Karlsruhe zu danken, daß sie durch den Verein Jugendhilfe allen Organisationen einen namhaften Beitrag zu ihrer „Walderholung“ zuschießt. Ganz aus eigenen Mitteln hat die W.W. in diesem Jahr eine Küche erbaut, die in ihrer modernen und hygienischen Ausstattung einen wertvollen Beitrag darstellt, der sich, wie wir hoffen, für Alt und Jung in der Arbeiterbewegung zum Segen auswirken wird. Die Arbeiterchaft hat mit ihrem bescheidenen finanziellen Vermögen eine Leistung vollbracht, die sich sehen lassen kann. Das erfüllt uns mit Mut und Freude.

Kowdy und Gattenmörder

Man schreibt uns: Der Gattenmörder Schnaiter ist, wie festgestellt, als ein brutaler, dem Suiz ergebener Mensch bekannt. Die von ihm Ermordete war eine rechtschaffene Person. Sie hatte samt dem Kind unglücklich unter der Brutalität dieses Unmenschen zu leiden. Wenn in der Karlsruher Tagespresse gerächt wird, daß ein Hausbewohner nicht gestiftet haben, so liegt es eben daran, daß er auch unter den Hausbewohnern als ein brutales und römndmähiges Subjekt bekannt war. Im übrigen wollten auch die Hausbewohner auf Grund seiner politischen Einstellung nichts mit ihm zu tun haben. Obwohl längere Zeit arbeitslos, war er sehr oft in total beloffenem Zustand nach Hause. Wenn er des nachts sich einstellte, und hatte sich beim „Freund“ Alkohol den bösen Mut geholt, johlte und gröhle er: „Heil Adolf Hitler!“ Das auf die schon als Kowdy bekannte Person die geistige Kraft des Naziorgans Der Führer nicht unbeeinträchtigt geblieben ist und die niedrigen Instinkte aufgewühlt wurden, braucht einem heute nicht mehr zu wundern. Man muß die tiefbedrückten Angehörigen bemitleiden, daß die nun Ermordete einem derartigen Scheusal in die Hände fiel.

Wie organisierte Arbeiter ihre Arbeitskollegen ehren...

Der seit 36 Jahren bei der Karlsruher Stadtverwaltung beschäftigte Tiefbauarbeiter Lucas Kifner aus Darlanden scheidet auf Grund dessen, daß er in das 68. Lebensjahr tritt, aus städtischen Diensten aus. Anlässlich seines Auscheidens haben ihm seine Betriebskollegen einen Ausbesuch als Ehrengeschenk gestiftet. Der Kreis der Kollegen, der im Stadtteil Darlanden wohnt, veranstaltete im Gasthaus „Zur Linde“ eine iolenne Feier, zu der alle Kollegen aus dem Betrieb Tiefbau West-Kühler Krug geladen und erschienen waren. Vom Gesamtverband war Kollege Koch erschienen, da es sich bei dem Jubilar um einen Kollegen handelt, der seit Jahrzehnten schon dem früheren Gemeinde- und Staatsarbeiterverband angehört und mit der neuen Einheitsorganisation, dem Gesamtverband, die Treue bewahrt hat.

Kollege Benzinger, der Betriebsrat der Abteilung, in der der Jubilar seit seinem Eintritt in städtische Dienste arbeitet, begrüßte den Jubilar und seine Gattin und die erschienenen Kollegen und deren Frauen. In kurzen Worten wies er auf die Bedeutung des Abends hin, sprach im Auftrage der Kollegen dem Jubilar die herzlichsten Glückwünsche aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Jubilar einen sonnigen Lebensabend im Kreise seiner Familie verbringen möge. Mit der Uebergabe des Ehrengeschenkes sollte verbunden sein die Dankbarkeit dafür, daß der Jubilar als ein treuer Kämpfer im Kreise seiner Kollegen stets gegolten habe.

Der Bevollmächtigte des Gesamtverbandes, Kollege Koch, gab einen Rückblick über die Zeitverhältnisse, seit deren der Jubilar in städtische Dienste getreten ist. Eine reaktionäre Stadververwaltung führte damals das Gesetz über die Beschäftigung der Arbeiter durch die Stadt Karlsruhe herbeiführen wurde von den damaligen Oberbürgermeistern und ihren Trabanten aufs Schärfste bekämpft. Am tollsten trieb es Siegrist, der beim Umsturz über die Klinge sprangen mußte. Doch allen Gewalten zum Trotz setzte sich die Organisation durch. Auch Maßregelungen, die meistens auf die Denunziation der Gelben und sonstiger Spießgesellen zurückzuführen waren, konnten den unbeugbaren Willen des damals noch kleinen Säulehins von organisierten Kollegen nicht brechen. In der sozialdemokratischen Kathausfraktion hatten die städtischen Arbeiter stets die beste Repräsentation und im Arbeiterorgan dem Volksfreund, den besten Streifen, um die Defizitfrage über das reaktionäre Gebaren der damaligen Stadververwaltung aufzuklären, und in den Kampf für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen für die Gemeindefürsorge einzutreten. (Wird das in vollem Umfang leitens der Kollegen in städtischen Betrieben dem Volksfreund auch dankbar? D.B.) Uebergehend auf den gegenwärtigen politischen und ökonomischen Verhältnissen der deutschen Arbeiterklasse, gab Kollege Koch zunächst einen geschichtlichen Überblick über die deutschen Gewerkschaften und die von ihnen gegen Reaktion und Kapitalismus geführten Kämpfe. Das Zusammenwirken der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei vor dem Weltkrieg machte beide Arbeiterorganisationen zu Machtfaktoren von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Es war die Einheit und Geschlossenheit von Partei und Gewerkschaften, die ihnen stets den Erfolg sicherten. Was wir heute leben, ist das größte Verbrechen, das je an der deutschen Arbeiterklasse begangen wurde. Es ist für die deutsche Arbeiterklasse eine Schande, daß es möglich ist, daß Phantasten und Pathologen ihr Ansehen um Schäden der Arbeiterklasse treiben können. Jetzt, wo die deutsche Arbeiterklasse die geschichtliche Mission von Karl Marx erfüllen mußte und die Ueberleitung von einer kapitalistischen planlosen Wirtschaftsform in eine sozialistische Planwirtschaft zum Nutzen des deutschen Volkes und der Arbeiterklasse, sieht diese kapitalistische Gesellschaft mit schmerzlichem Bedauern das gegenwärtige Verhalten innerhalb der Arbeiterchaft. Die Kollegen vom Schloß unseres Jubilars stehen trotz alledem treu zu ihrer Organisation. Der Wunsch des Kollegen Benzinger, der Jubilar möge nun im Kreise seiner Lieben einen sonnigen Lebensabend vollbringen, wird damit zur Tatsache, daß mit Hilfe der Organisation eine Ruheordnung für die städtischen Arbeiter geschaffen wurde. Eine Ertragsminderungsaktion, die von vielen nicht so gewürdigt wird, wie sie gewürdigt werden müßte. Was den Jubilar am meisten ehrt, ist, daß er nicht nur die ihm auferlegten Pflichten seines Arbeitgebers im Interesse und im Dienste der Allgemeinheit in den 36 Jahren erfüllte, sondern daß er in allen Zeiten der Not auch seiner Gewerkschaft die Treue bewahrte. Als Anerkennung für all das überreichte Kollege Koch dem Jubilar ein Geschenk der Organisation. So ehrt man treue Gewerkschaftsmitglieder.

(-) 25jähriges Jubiläum der Tanzschule Braunagel. Tanzlehrer Braunagel hat mit seiner großen Gemeinde am Samstagabend im Festsaal des „Friedrichshofs“ eine feierliche Feier aus Anlaß des 25-jährigen Bestehens veranstaltet. Aus Koch und Fern kamen seine Schüler herbeigeeilt, um an dem Jubiläum teilzunehmen. Mit einem kleinen künstlerischen Programm wurde der erste Teil des Programms bestritten. Die Kapelle Hurler übernahm auch dabei den musikalischen Teil. Herr Konzertführer Karl Müller, ein alter Bekannter, sang zunächst den Prolog aus „Der Bojazzo“, dann folgte eine gute Schaltung und ein ausgezeichnetes Stimmmaterial. Herr Walter Braunagel, der Sohn des Jubilars, und Fräulein Annemarie Knaßel zeigten die neuesten Tänze, darunter der neue vielbesprochene Rumba und ein Quindito, die großen Beifall fanden. Dazwischen war eine kleine Erläuterung vom Badischen Tanzlehrer sprach der 2. Präsident und überreichte Herrn Braunagel den Ehrenbrief. Herr Hüjser (Gaggenau) überbrachte für den Kreis Mittelbaden dem Jubilar eine schöne Lampe. Vom Landesverband Württemberg und dem Reichsverband sprach Herr Vogel (Seibronn), der dem Jubilar eine goldene Ehrennadel und einen silbernen Becher übergab. Der Vorstand des Gesamtvereins Konfordia gratulierte seinem Mitglied ebenfalls durch einen schönen Blumenstrauß. Herr Braunagel selbst sang nach dem Grundriß „Klumen — Würze“, verlor also nicht viel Worte. Er bedankte sich bei seinen Gratulanten und beehrte sie mit seinen treuen Mitarbeitern ebenfalls durch herrliche Gesangsstücke. Für die Jugend war es das wichtigste, daß das Programm kurz war und wie der letzte Ton des Programms verlungen wurde, viele der gemeinsamen Tanzkränze ein. Bis zum frühen Morgen war diese frohe Stimmung der Gäste können aber Herrn Braunagel die Gewissheit verschaffen, einen Abend der besten Werbung für seine Schule hinter sich zu haben.

(-) Die Berufsfeuerwehr war im Monat September 1931 im Tätigkeits: Großfeuer 2, Mittelfeuer 1, Kleinstfeuer 2, brennend Alarme 1, blinde Alarme 1, Hilfsleistungen 1, Gesamtalarme 8, Kranentransporte 188.

(-) Umfang des Verkehrs beim Postamt Karlsruhe im Monat September 1931. Zahl der Postbesucher Ende September 44 963, Zahl der Postbesucher Ende August 44 944, mithin Zugang im September 9. Auf den Konten sind im September ausgeführt 1 277 824 Guthabenschecks über 173 555 091 M., 852 286 Postskrisen über 1 747 511 M., Umlauf 2 130 110 Buchungen über 347 722 602 M., davon sind barlos bezahlten 274 627 411 M. Durchschnittliche tägliche Gesamtguthaben 17 740 786 M. Um Ueberweisungsvorteil mit dem Ausland sind umgelegt 1 160 362 M.

(-) Kampf des Krebs. Der Ortsausflug des DGB, macht seine Organisationen auf den Besuch der Ausstellung Kamp dem Krebs aufmerksam, die in der Zeit vom 7. bis 25. Oktober in der Landesgewerkschaft hier stattfindet. Die Organisationsstellen für ihre Mitglieder Eintrittskarten zum ermäßigten Preise von 30 Pfennig bestehen, regulärer Preis 50 Pfennig. Erwerblos können für 20 Pfennig die Ausstellung besuchen. Die Organisationen werden gebeten, von dieser Vergünstigung Gebrauch zu machen und sich die Karten zu beschaffen.

(-) Fernsehen. Die Seismographen des Naturwissenschaftlichen Vereins im Godoltschen Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe registrierten in der Nacht vom Samstag zum Sonntag ein starkes Fernsehen in einer Entfernung von ca. 13 000 Kilometern. Die ersten Wellen erreichten um 20.32.43 Sek. die Station. Der Einbruch der langen Wellen erfolgte um 21.20 Uhr. Das Fernsehen dauerte 0.10 Uhr in ein kleineres Nachsehen über. Gegen 1/3 Uhr kamen die Apparate wieder zur Ruhe.

Vorläufige Wettervorhersage

der Badischen Landeswetterwarte

Der hohe Druck zieht langsam nach Osten ab, während eine neue atlantische Störung westlich von England angelangt ist und dort starken Druckfall bringt. Wir befinden uns noch immer in der fast abgleitenden Luft am Westrande des Hochdruckgebietes, so daß auch morgen im wesentlichen mit Fortdauer der trockenen Witterung zu rechnen ist.

Wetterausblick für Mittwoch, den 7. Oktober 1931: Zeitweilig wolke, vorwiegend trocken, mild, leichter Südwestwind.